

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petition oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — In-terate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33.

Donnerstag, den 8. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Unternehmerforderungen an den Reichstag.

Es ist recht bemerkenswert, wie sich die eigentlichen Interessenorgane des Unternehmertums zum neuen Reichstag stellen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“, in der die kapitalistischen Interessen von dem bekannten Freiherrn v. Reisswitz eifrig vertreten werden, wendet sich dagegen, daß jetzt im bürgerlichen Lager ein höchst unerfreuliches Streiten darüber stattfindet, wessen Schuldkonto am meisten bei der Herbeiführung der so außerordentlichen Erfolge der Sozialdemokratie belastet sei. Ebenso aber sei es „vollkommen überflüssig, ja geradezu gefährlich, wenn sich die einen wie die andern nunmehr mit der Behauptung wegzubrennen suchen, daß die Hauptschuld an dem bedauerlichen Wahlausgang der Regierung anzuknüpfen ist“.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht, wie vielfach von liberalen Blättern gesagt wird, erst als Folge des Zusammenbruchs der Bülowischen Blockpolitik und der verfehlten Finanzgesetzgebung eingetreten seien. Habe doch schon sofort nach den Wahlen von 1907 die Sozialdemokratie neuen Aufschwung genommen, die Zahl ihrer Parteimitglieder sei gerade in jenen Jahren der Bülowära sehr schnell angewachsen. Auch mit einer „zünftigen Wahlparole“ wäre nichts zu machen gewesen, meint die „Arbeitgeber-Zeitung“:

„Wenn des Bedauerns darüber kein Ende ist, daß die Reichsregierung nicht zu rechter Zeit mit einer zündenden Wahlparole hervorgetreten ist, so muß ihr doch das von vornherein als mildernder Umstand angerechnet werden, daß es ihr diesmal wirklich nicht leicht fallen konnte, nach dieser Richtung hin das erlösende Wort zu finden, nachdem erst fünf Jahre zuvor, und zwar obendrein noch mit rein äußerlichem Erfolge, ihre Stellungnahme zur innerpolitischen Konstellation in ganz bestimmter Weise festgelegt worden war; in einer Weise, deren den völlig veränderten Verhältnissen entsprechende Varrierung nur zu leicht recht unerwünschte humoristische Wirkungen auslösen konnte.“

Noch bemerkenswerter ist es, daß die Arbeitgeberzeitung auch in sozialpolitischen Dingen mit den gegenwärtigen Regierungsmännern zufrieden ist. Früher hätten, so führt das Blatt aus, die verantwortlichen Instanzen falsche Auffassungen über die Sozialdemokratie gehegt; sie hätten sich durch „sehr einflussreiche akademische Kreise“ zu der falschen Ansicht verleiten lassen, daß man die Sozialdemokratie dulden müsse, weil sie doch auch Arbeiterinteressen vertrete und die revolutionären Allüren schließlich ablegen werde. Diese Auffassung sei aber als Irrtum erkannt worden. „Wir sind der festen Überzeugung“, sagt das Blatt des Herrn v. Reisswitz, „daß man in den leitenden Kreisen schon längst zu der Erkenntnis der Tragweite des gekennzeichneten Irrtums gelangt ist.“ Ein anderes aber sei es, Fehler zu erkennen, und ein anderes Fehler zu verbessern. Die gegenwärtige Lage auf innerpolitischem Gebiete sei nun leider so ungeeignet wie möglich „zur Sanktionsnahme von entscheidenden Abhilfsmaßnahmen“. Das heißt — und so entspricht es auch der wirklichen Lage der Dinge —: Die kapitalistischen Herren sind sich sicher, daß die Regierung Bethmann-Hollweg frei ist von jeder „akademischen“ Neigung, Arbeiterinteressen zu fördern, und bereit ist, jederlei ausichtsreiche „Abhilfsmaßnahmen“ gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ vorzunehmen.

Wer trägt denn nun aber nach Meinung des Unternehmerorgans die Schuld an den Erfolgen der Sozialdemokratie? Und wie soll erreicht werden, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, die Gebote des Unternehmertums zu erfüllen? Die Schuld soll an den „bürgerlichen Parteien“ selbst liegen. Diese sollen über ihren Nader hinwegkommen und endlich wieder jene Solidartät unter einander erreichen, „die einzig und allein der andernfalls unausbleiblichen politischen Katastrophe vorzubeugen imstande ist“. Wie aber soll diese Solidartät der bürgerlichen Parteien sich bewähren. Jetzt verrät uns die „Arbeitgeber-Zeitung“, worauf ihr alles ankommt? Die Sozialdemokratie fordere Sicherung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Reichsarbeitsamt und Arbeiterkammern, Ausbau der Gewerbeinspektion, Normalarbeitszeit, weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, Reform der Arbeiterversicherung, sie fordere Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer und anderes mehr. Gegen diese Forderungen sich zu kehren, das sei die erste Pflicht aller bürgerlichen Parteien. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ruft diesen Parteien zu:

„Legt den bürgerlichen Parteien auch nur das geringste daran, daß die schon an sich durch die allgemeine Wirtschaftslage einer recht unsicheren Zukunft entgegengehende Gütererzeugung nicht vollends aus dem Sattel gehoben wird, dann werden sie nach allem sehr bald zu einer maßgebenden Revision ihres bisherigen Verhaltens gelangen und „die Frontstellung wieder dahin nehmen müssen, wohin sie stets hätte genommen werden müssen: nämlich nach links. Ja, wir vertrauen sogar fest darauf, daß auch die von dem demokratischen Flügel des Linksliberalismus in letzter Zeit beobachtete Kampfstrategie von diesem alsbald wieder zugunsten einhelliger Begegnung des sozialdemokratischen Veruches allmählicher Abwürgung der bürgerlichen Gesellschaft aufgegeben wird.“

Es versteht sich, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“, nachdem man in der Wahlzeit von der glänzenden Entwicklung des Wirtschaftslebens und der Steigerung des „Volkeinkommens“ geschwärmelt hat, jetzt wieder von dem Glend redet, das über unsere armen Kapitalisten hereinbrechen wird, sofern nicht endgültig und absolut mit der verhassten Sozialpolitik Schluß gemacht wird. Die bürgerlichen Parteien des letzten Reichstags haben wahrlich sozialpolitisch herzlich wenig geleistet und man sollte meinen, daß auch das einseitige Unternehmerblatt mit ihnen sehr zufrieden sein könnte. Aber nein, sie haben sich angeblich allzu sehr willfährig zu den sozialdemokratischen Forderungen verhalten. Das muß jetzt anders werden. Diese Parteien sollen eine „maßgebende Revision ihres bisherigen Verhaltens“ eintreten lassen. Sie sollen keinerlei Sozialreform, auch nicht die schwächste und oberflächlichste, betreiben, nicht einmal der Schutz der Arbeiter in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, darf fortgeführt werden. Parteien, die sich solchem Gebote des Unternehmertums nicht fügen würden, werden müßig bedroht, daß sie sich der „Abwürgung der bürgerlichen Gesellschaft“ schuldig machen.

Wenn, so beschließt die „Arbeitgeber-Zeitung“ ihre Wahlbetrachtung, die Parteien in der von ihr gewünschten Art sich zusammenschließen, dann werde auch die Regierung wieder „aus ihrer bis dahin beobachteten Reserve heraustreten“. Dann werde die Regierung sich an die Spitze derer stellen, die „nicht länger gewillt sind, unser deutsches Vaterland zum Tummelplatz einer Horde von revolutionären Demagogen zu machen!“

Die Sprechweise des Unternehmerblattes entspricht sehr den Parteien von „Besitz und Bildung“! Doch wir schenken den noblen Leuten das. Es wird sich ja bald zeigen, in welchem Maße bei den bürgerlichen Parteien die Neigung vorhanden ist, die Rezipie des klassenbewußtesten Unternehmerorgans als die richtige Lehre aus dem Ergebnis der roten Wahlen von 1912 anzuerkennen. Neigungen dazu sind sicherlich, von den Konservativen ganz zu schweigen, bei dem Zentrum und den liberalen Parteien vorhanden. Es fragt sich nur, ob in diesen Parteien nicht auch Politiker vorhanden sind, die durch die Niederglagen, die gerade auch ein Trimbörn und ein Mugdan erlitten haben, zu erheblicher Erkenntnis geleitet werden. Ohne Zweifel haben neben anderen Ursachen ja die mangelnde Sozialreform und die schon immer drohenden Scharfmacherpläne ein bedeutendes Teil zu den großen sozialdemokratischen Siegen beigetragen. Die Sozialdemokratie würde sich sicherlich auch in Zukunft gar nicht übel stehen, wenn die Vorschläge des Freiherrn von Reisswitz jetzt noch mehr Gehör finden sollten, als schon bisher. Es gibt noch immer viele Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien anhängen, uns soll es recht sein, wenn man sie bis auf den letzten Mann in unsere Reihen treibt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer beduelt die Kirchen mit Menschenkot?

Zu den Waffen, mit denen das Zentrum seine Gegner beduelt, gehört jetzt auch der Menschenkot. In den verschiedensten Wahlkreisen, so in Bochum, Bingen, Alzey, in einigen Kreisen Süddeutschlands hat der Menschenkot eine nicht unbedeutende Rolle im Wahlkampf gespielt. Liberale und sozialdemokratische Führer erhielten in Briefen mit Kot beschmierte Flugblätter und Stimmzettel geschickt. Das ist das schlimmste nicht. Kurz vor den Wahlen fand man auch in verschiedenen Kirchen Menschenkot. Flug ging das Zentrum und die mit ihm Verbündeten daran, die gegnerischen Parteien zu bezichtigen, daß sie die schmutzigen Handlungen begangen hätten, ohne auch nur den Schatten eines Beweises hierfür in Händen zu haben. Aber was gilt den Schwarzen die Ehre anderer. Für sie kommt es darauf an, Kampfmittel gegen die Gegner in die Hände zu bekommen, und wenn es Menschenkot ist.

Jeder Sozialdemokrat weiß, daß er seine Partei nicht schlimmer schädigen kann, als durch solche schmutzige Taten und daß er dem Zentrum keinen besseren Dienst erweisen kann, als wenn er Kirchen beduelt. Abgesehen von der persönlichen Gefahr, in die er sich begibt. Darum sagen wir offen: Nur ein Wahnsinniger, oder ein Mensch, der darauf ausgeht, die Sozialdemokraten oder eine andere dem Zentrum unliebbare Partei zu schädigen, ist einer solchen Tat fähig. Wenn Kirchen beschmutzt werden, dann mag das Zentrum bei seinen eigenen Anhängern und Freunden nach dem Täter suchen, dann kommt es der Wahrheit und dem Täter viel näher, als daß es, ohne den geringsten Beweis in Händen zu haben, die Gegner der Tat bezichtigt.

Wer die Kirchen beduelt, darüber gibt Auskunft eine Notiz, die wir in einem süddeutschen Parteiorgan vorfinden, wonach der Kirchenschänder im Wahlkreis Bingen-Alzey abgefaßt und als Täter verhaftet sein soll. Der Schweinigel soll der Zentrumsparterie angehören!

Wenn sich die Nachricht bestätigt, dann wundern wir uns nicht. Dann bestätigt sich auch das, was wir oben geschrieben haben. Keiner hat ein größeres Interesse, wie wir, daran, daß auch der Lump im Bochumer Kreise gefaßt wird. Hoffentlich gelingt das. Und dann wollen wir sehen, ob die politischen Infamien des Zentrums sich noch weiter steigern lassen!

Oppersdorff vom Zentrum ausgeschlossen.

Graf Oppersdorff, der oppositionelle Zentrumsmann hat, wie von Zentrumsseite mitgeteilt wird, zur ersten Fraktions Sitzung des Zentrums keine Einladung erhalten. Damit wäre Graf Oppersdorff aus der Zentrumsfraktion des Reichstags ausgeschlossen.

Die Demokraten.

Nach Beendigung des Wahlkampfes traten Zentralvorstand und Ausschuß der Demokratischen Vereinigung zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Nachdem von dem Ausschuß Dr. Breitscheid aus dem Vorstand mit Bedauern Kenntnis genommen und die erforderliche Ersatzwahl zum Vorstand vorgenommen worden war, wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, in der das Fortbestehen der Demokratischen Vereinigung als einer nach rechts und nach links unabhängigen, rein demokratischen Organisation für eine politische Notwendigkeit erklärt wird und die Parteifreunde zu eifrigster Mitarbeit aufgefordert werden.

Eine Konferenz über die Erbschaftsreform.

Nach Berichten bürgerlicher Blätter fand in diesen Tagen in Berlin eine Konferenz statt, die sich mit einer Reform des Erbschaftes befaßte. Da die Konferenz, an der eine Anzahl führender Personen bürgerlicher Parteien teilnahm, im Hause des Bodenreformers H. D. Maschke abgehalten wurde, so darf angenommen werden, daß dieser der Einberufer der Zusammenkunft war. Der freisinnige Justizrat Bamberger-Näherleben erörterte seine Pläne zur Erbschaftsreform, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß alle Erbschaften, über die nicht testamentarisch verfügt ist und die nicht die nächsten Verwandten: Eltern, Kinder, Geschwister treffen, an das Reich fallen.

In der dann folgenden Debatte brachte Justizrat Eschenbach die bekannten Gründe der Konservativen gegen jede Erbschaftssteuer zu Gehör. Legationsrat N. v. Schweinin trat Eschenbach entgegen und wünschte, daß die gewonnenen Mittel im bodenreformerischen Sinne zum Zwecke einer großen Innenkolonisation Verwendung fänden. Dadurch würden so viel neue Heimstätten gesunder Familien geschaffen werden, daß die etwaigen Nachteile dadurch aufgehoben würden.

Professor Adolf Wagner, der den Konservativen ein Dorn im Auge ist, weil er ihnen besonders hinsichtlich ihrer Gegnerschaft zur Erbschaftssteuer manches herbe Wort gesagt hat, sprach die Hoffnung aus, daß seine konservativen Parteifreunde diesen notwendigen Schritt vorwärts zur Erbschaftsreform entschlossen sein mögen. Ihm sei besonders sympathisch, wenn neben der bodenreformerischen Verwendung des Ertrages, der er natürlich auch zustimme, namentlich der Kriegsschlag aus den Erträgen der Erbschaftsreform vermehrt würde, der entsprechend dem gesunkenen Geldwert verdoppelt werden müßte.

Was aus der Besprechung schließlich herauskam, wird in dem Bericht nicht gesagt.

Der bayerische Landtag

wird voraussichtlich am 15. Februar zusammenzutreten. Zum Wahlergebnat wird noch berichtet, daß im 56. Wahlkreis Neustadt (Pfalz) Wresch (S. d. L.) gewählt ist und nicht Straub (Lib.). Sonach haben die Liberalen jetzt 34 Mandate und die Konservativen 8.

Die Thronrede.

Der Kaiser eröffnete am Mittwoch mittag im Weißen Saale des königlichen Schlosses den neuen Reichstag mit folgender Thronrede:

„Im Namen der verbündeten Regierungen heiße ich den neuwählten Reichstag willkommen.“

Das feste Gefüge des Reichs und staatlicher Ordnung unverletzt zu erhalten, die Wohlfahrt des Volkes in allen seinen Schichten und Ständen zu mehren, die Stärke und das Ansehen der Nation zu wahren und zu erhöhen, ist das Ziel meines Handelns. In ihm weiß ich mich mit meinen hohen Verbündeten ein, und ich lebe der Überzeugung, daß auch Sie als die erwählten Vertreter der Nation ihre besten Kräfte an die gemeinsame Arbeit setzen werden.

Seit einem Menschenalter nimmt die soziale Fürsorge in der Reichsregierung einen hervorragenden Platz ein. Noch in der letzten Tagung des vorigen Reichstages sind die Wohltaten der Versicherung auf weite Kreise der Bevölkerung ausgedehnt worden. Derselbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen ist, muß auch fernertun wachen. Denn die Entwicklung steht nicht still.

Die Finanzen des Reichs haben festen Halt gewonnen. Auf der Grundlage bestimmter bemessener Matrikularbeiträge ist es gelungen, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen und mit Hilfe der Überschüsse, die sich ergeben haben, den außerordentlichen Etat zu entslasten. Durch Festhalten an den bisherigen strengen Grundrissen wird das Reich binnen kurzem zu einer vollständigen Gesundung seiner Finanzen gelangen.

Mit Befriedigung erfüllt mich der Gedanke, welche hohe Leistungen der freie Unternehmungsgeist in Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr vollbracht hat, und wie bei steigender Bervollkommnung ihrer Technik die Landwirtschaft allmählich wieder emporgehoben ist. Angesichts dieser glücklichen Fortschritte werden die Verbündeten Regierungen die Grundlagen unserer Zollpolitik auch künftig bei Vorbereitung und Abschluß neuer Handelsverträge nicht verlassen.

Der Stärkung des Deutschtums im Ausland wird ein Sthen alsbald zugehender Entwurf dienen, der die Reichs- und Staatsangehörigkeit neu in der Weise regelt, daß es den deutschen Landesleuten draußen erleichtert wird, Reichsangehörige zu bleiben oder die verlorene Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben.

Das Gedeihen unserer Werke des Friedens daheim und über See hängt davon ab, daß das Reich mächtig genug bleibt, um seine nationale Ehre, seinen Besitz und seine berechtigten Interessen in der Welt jederzeit zu wahren und zu vertreten. Deshalb ist meine beständige Pflicht und Sorge, die Wehrkraft des deutschen Volkes, dem es an massenhafter junger Mannschaft nicht gebricht, zu Lande und zu Wasser zu erhalten und zu stärken. Gelegenheitsfälle, die diesen Zweck verfolgen, sind in Vorbereitung und werden Ihnen mit Vorschlägen über Deckung der Mehrkosten zugehen. Helfen Sie, geehrte Herren, diese hohe Aufgabe erfüllen, so werden Sie dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen.

Von unserer Bereitwilligkeit, internationale Streitpunkte gütlich zu erledigen, wo immer es der Würde und den Interessen Deutschlands entspricht, haben wir durch den Abschluß der Vereinbarungen mit Frankreich einen neuen Beweis gegeben. Neben der Pflege unserer Bündnisse mit der Österreich-Ungarischen Monarchie und dem Königreich Italien bleibt meine Politik darauf gerichtet, mit allen Mächten freundliche Beziehungen auf der Basis gegenseitiger Achtung und guten Willens zu erhalten.

Im Vertrauen auf die gesunde Kraft des deutschen Volkes blicke ich mit Zuversicht, und auf Gottes anhängigen Beistand bauend, über die Kämpfe des Tages hinweg in die Zukunft des Reichs.

So entbiete ich Ihnen, geehrte Herren, zum Beginn einer neuen Legislaturperiode meinen Gruß in der Hoffnung, daß Ihre Tätigkeit dem Volke und dem Lande zum Heile gereichen werde!“

Diese Rede spricht für sich selbst. Rützen, rützen und abermals rützen, das ist das Motto, das diese Rede beherrscht. Nichts von einer Bereitwilligkeit, der Frage der Abklärung näher zu treten! Das ist so der heutige Kurs in Deutschland!

Anträge auf Änderung des kommunalen Wahlrechts in Preußen.

Der Zentrumsabgeordnete Vorjoch hat mit Unterstützung des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus zwei Anträge gestellt, die sich auf die Einführung der geheimen Wahl bei den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und zu den Landverordnetenversammlungen beziehen.

Unsere Genossen werden beantragen, das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen.

Neue Flottenrüstungen.

Nach der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ sollen innerhalb des für das Flottengesetz vorgesehenen Zeitraumes, also bis zum Ablauf des Jahres 1918, jährlich die Mittel zum Bau eines halben Dreadnoughts verlangt werden, so daß die Flotte in der angegebenen Zeit, abgesehen von den im Flottengesetz vorgesehenen Schiffen, um drei Schiffe der größten und stärksten Art vermehrt werden würde. — In politischen Kreisen Berlins will man, der gleichen Quelle zufolge wissen, daß England durch Aufnahme einer Anleihe in Höhe von einer Milliarde zur Verstärkung der britischen Flotte anzuwachen wolle. Das konnte nicht ausbleiben. Der eine Keil treibt eben den anderen!

Das preussische Abgeordnetenhaus

Abermals am Mittwoch einen nationalliberalen und einen fortschrittlichen Antrag, die die gesetzliche Aufbesserung der Pensionsverhältnisse der Altpensionäre, d. h. der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen verlangt, an die Budgetkommission. Namens unserer Fraktion trat Genosse Ströbel warm für die Pensionäre ein. Ob die Regierung sich auf den Standpunkt des Hauses stellen wird, ist zweifelhaft, da der Finanzminister bereits in seiner Etatsrede finanzielle Bedenken dagegen vorgebracht hat. — Weiter nahm das

Haus einen Antrag betr. Regelung der Verhältnisse der nicht richterlichen Staatsbeamten an. Dagegen lehnte es einen weiteren Antrag der Fortschrittler auf Erweiterung des gesamten Beamtenrechts gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten ab.

Am Donnerstag stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Agrarier gegen Futtermittelzölle.

Die fortschrittliche „Weserzeitung“ verbreitet eine Meldung aus Nordhannover, nach welcher dortige agrarische Führer ein Gesuch an den Reichskanzler betreiben, in dem sie die Aufhebung des Zolls auf Futtermittel und Futtermais bis Ende August 1912, oder, falls finanzielle Schwierigkeiten dadurch entstehen würden, die Herabsetzung des Maiszolls von 30 auf 13 Mk. zu diesem Termin fordern. — Trifft diese Meldung zu, dann würde sich daraus ergeben, daß jener Teil der Agrarier, der vorwiegend Viehzucht betreibt, nunmehr die Wirkung bestimmter Zölle am eigenen Leibe zu verspüren bekommt. Wenn das Gesuch der Agrarier in irgend einer Form den Reichstag beschäftigen sollte, dann wäre es nicht uninteressant, zu hören, welche Gründe für oder wider die Agrarier ins Feld führen würden.

Der Etat des Reichsheeres

steht für Ergänzungsbauten u. a. für die Maschinengewehrabteilung an der Infanteriekaserne in Lübeck eine erste Bausrate von 60 000 Mk., für Neubauten für das Trainbataillon in Rendsburg eine erste Bausrate von 50 000 Mark vor.

Das Ende vom Liede.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat beschlossen, im neuen Reichstag keine eigene Fraktion mehr zu bilden. Der größte Teil will sich den Konservativen anschließen. Dahin gehören sie auch.

Keine Bevormundung des Geldsacks.

Den Kapitalisten mag die offizielle Meldung angenehm klingen, nach welcher die Gerichte, daß die Deckung für die Kosten der Wehvorlagen durch eine Dividendensteuer, Kuponsteuer oder ähnliches beschafft werden würde, ganz unbegründet sind.

Aus dem Wahlkreise Mansfeld.

Einer der Kreise, auf die besonders die Aufmerksamkeit gerichtet war, ist der Mansfelder gewesen. So ungünstig auch das Resultat von 1907 gewesen war, so glaubten doch viele Genossen, den Kreis diesmal zu holen. 1907 hatte Dr. Trendt 23 000 Stimmen, Freisinn und Sozialdemokratie zusammen 10 000. Seitdem waren die Mansfelder Bergklaven erwacht, die Maschinengewehre hatten die große Umwälzung herbeigeführt und diesmal hatte Dr. Trendt nur 2000 Stimmen Vorsprung gegen 13 000 im Jahre 1907. Gewiß ein großer Fortschritt. Wenn die 2600 abgewanderten Bergleute noch hier gewesen wären, so wäre die Wahl unseres Genossen Adolf Hoffmann sicher gewesen. Zudem hat eine Wahl im Kreise stattgefunden, die geradezu als Terrorwahl bezeichnet werden muß. Die Mansfelder Zeitungen waren für die Partei gesperrt, keine Annonce oder Versammlungsanzeige wurde aufgenommen. Säle durften die am Gängelbände geführten Wirte nicht geben. Am Wahltag selbst häuften sich noch die Niederträchtigkeiten. In vielen Lokalen durften unsere Genossen nicht hinein, trotz Hinweises auf den Ministerialerlass. Wo es doch gelang, wurden Stühle entfernt, dem Wirt verboten, unseren Leuten weder Speise noch Trank zu geben. In Keehausen wurden unsere Leute gemißhandelt, getreten, ein Gutsbesitzer trat raffiniert unserem Genossen mit solcher Kraft auf die große Zehe, daß der Nagel abging. Dazu die Redensarten, wie Zuchthausler, entlassene Sträflinge usw. Hinweise auf das Wahlgesetz wurden beantwortet mit: Wir sind . . . auf das Wahlgesetz. Solche Leute gehörten zum Wahlvorstande. Auch der Landrat konnte nichts gegen die Herren ausrichten, denn die Beschwerden vom Hauptwahltag kehrten in 20 Orten am Stichwahltag wieder, trotzdem der Landrat versicherte, er hätte den Wahlvorstehern die nötigen Weisungen erteilt. Selbst an den Minister mußten sich die Genossen wegen des übergroßen Druckes wenden. So wurde das bedrohte Mandat dem Dr. Trendt gerettet, von Staats- und Privatbeamten, durch Lügen, Reichsverband und Terrorismus engros. Aber gerade deshalb ist der Ausgang für uns als ganz erfreulich zu bezeichnen. Gegen die Terrorwahl wird Protest eingelegt werden.

„Reim-Block.“

Wenn alles neue politische Blöcke schmiedet, dann darf natürlich der Allerwelts-General und Spezialist auf dem Gebiete der Wahlmacht, der General Reim, auch nicht fehlen. Im „Tag“ steht er nämlich auseinander:

„Die Formel der Zukunft muß lauten: Zusammengehen von Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum. Schließt sich die fortschrittliche Volkspartei an, desto besser. Die Schwierigkeiten eines solchen Konzerns sind ohne Zweifel sehr erhebliche, aber unüberwindlich sind sie nicht, wenn der Sondergeist der Parteien sich endlich einmal fügen lernt zum Heil des Ganzen, und wenn ein genialer Staatsmann dabei eingreift.“

Wo soll man nun aber diesen „genialen“ Staatsmann hernehmen? General Reim sagt allerdings mit der vornehmen Beiseidenheit, die ihn auszeichnet, daß die Fraktionen nicht übersehen sollten, daß die Parteivielesheit zwar im Parteiring und in der Parteipresse eine scharf jugendliche Wirkung ausübt und leicht sich selbst zu überhöhen geneigt ist. Man verwehrt da aber öfter parlamentarische Routine und parlamentarisches Kriegsspiel mit großzügiger politischer Auffassung. Dann aber fährt er fort:

„Deshalb ist das Schauspiel durchaus nicht neu, daß Außenreiter, die natürlich von den Parteigrößen etwas von oben eingeschätzt werden — von den beamteten Hochmögenden ganz zu schweigen — parlamentarische wie politische Entwicklungen viel richtiger und frühzeitiger erkannt haben, als die Gewählten und Gewählten.“

Das sieht nun allerdings ganz so aus, als wolle General Reim sich höchstselbst als einen „genialen“ Staatsmann in empfehlende Erinnerung bringen. Nur steht der Erfüllung eines so hochfliegenden Planes doch in etwas die Tatsache im Wege, daß General Reim der Urheber der im Wahlkampf 1906/07 verbreiteten Broschüre: „Die Lügen des Herrn Erzberger“ gewesen ist. Die damalige Beschimpfung des Zentrums war so kraß, daß das Zentrum, dessen politische Moral nicht gerade über Zwirnsfäden stolpert, doch gerade dem General Reim gegenüber, erhebliche Bedenken nicht so leichthin beiseite schieben kann. Um die eigene „Genialität“ in desto hellerem Lichte erstahlen zu lassen, muß der unternehmungslustige General allerdings die derzeitigen Regierungsmänner nach Möglichkeit herabsetzen. Dazu muß ihm das Verhalten der Regierung im Wahlkampf dienen, und nach dieser Richtung hin führt er aus:

„Erstens war die Parole zum Schutz der nationalen Arbeit betraf, die vollkommen wirkungslos verhallte, weil sie offene Türen einrannte. Zweitens bewies sie in ihrem etwas elegisch-doktrinär gehaltenen Wahlernählungen gerade kein besonderes Verständnis für die Art und Weise, auf die Volksstimme einzuwirken. Das kann mit ein paar noch so gut geschriebenen und noch so gut gemelten Zeilungsartikeln nicht gemacht werden, dazu gehört entweder eine längere systematische Vorarbeit mit Hilfe bestimmter Parteien oder ein Wahlstichwort, das auf die Massen zu wirken imstande ist.“

In der Wahlmacht ist Herr Reim unbestritten Meister. Der ungeheuerliche Lügen-Feldzug vom Jahre 1907 machte ihn zum Strategen. Nur übersteht der biedere Mann, daß man mit einem Wahlstichwort, das sich von der Wahrheit möglichst weit entfernt, die Massen zwar einmal bluffen kann, das aber ein solch triviales Spiel nicht nach wenig Jahren wiederholt werden kann. Der Reim-Block mit dem „genialen“ Staatsmann als Hüter und Führer wird also noch gute Weile haben.

Die Landarbeiter bedanken sich.

Die Arbeiternot auf dem Lande, das heißt die Not der Großgrundbesitzer, Arbeiter zu bekommen, wollen die Junker bekanntlich durch das einzige brauchbare Mittel, bessere Bezahlung und Behandlung der Arbeiter, nicht bekämpfen. Sie haben allerlei andre Mittelchen. Sie möchten den Staat bewegen, ihnen die Landarbeiterjugend zur Zwangsarbeit auszuliefern, indem er sie durch Gesetze an die Scholle fesselt. Bei den erwachsenen Arbeitern geht das nicht mehr auf direktem Wege. Aber die Junker haben einen indirekten eingeschlagen und der Staat ist ihnen gehorham gefolgt. Man sucht den Hunger der Landarbeiter nach Land und Selbstständigkeit anzuzügel, um sie um so fester in die Hörigkeit der Junker zu bringen. Man verkauft ihnen unter anscheinend günstigen Bedingungen, bei kleineren An- und Abzahlungen, kleine Landparzellen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel tragen. Die glücklichen Besitzer dieser „Güter“ sind dann, wenn sie nicht verhungern wollen, gezwungen, bei dem benachbarten Großgrundbesitzer zu arbeiten und zwar, und das ist ein zweiter Vorteil für die Junker, um jeden Lohn zu arbeiten, da sie an die Scholle gefesselt sind, da sie nicht fortziehen, eine weiter entfernte Arbeitsstelle nicht aufsuchen können.

Die Landarbeiter aber haben den Braten gerochen. Ihr Landhunger ist doch nicht so groß, als daß sie die Kehrseite dieser „Güter“ übersehen hätten. Sie bedanken sich für diese Art „Anfiedlung“. Die Ostpreussische Landgesellschaft, die auch die Arbeiteranfiedlung eifrig pflegt, muß das betrübt feststellen. Sie sagt in ihrem sechsten erschienenen Jahresbericht: „Während bis zum 1. April 1910 in rund 4½ Jahren überhaupt nur 67 derartige Stellen (Arbeiterstellen) besetzt werden konnten, ist es gelungen, im Berichtsjahre allein 47 Landarbeiter anzufügen.“

Also in 4½ Jahren sind 67 Landarbeiter angefüllt. Das ist ein vollständiges Fiasko, und das Ergebnis des letzten Jahres kann ebenfalls nicht als nennenswerter Erfolg angesehen werden. Es ist also nichts mit der Hörigmachung der Landarbeiter. Sie kriechen nicht auf den Keim der Agrarier.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Donnerstag, den 8. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grasmühle G. und F. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die Trennung des Antrages von den „Lübeckischen Anzeigen“ bezweckte ein Unheil, Herr Feinsohn, der am Montagabend die Bürgerschaft beschäftigte und von ihr an den Bürgerausschuß verwiesen wurde. Bei Beratung dieses Antrages wurde vonseiten unserer Genossen Hoff und Döwig mit aller wünschenswerten Deutlichkeit und Schärfe auf unehrliche Praktiken hingewiesen, welche die „Lübeckischen Anzeigen“ ihren Insurgenten gegenüber befolgten. Es handelte sich darum, daß der Verlag dieses Blattes, das die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften in der allgerühmtesten Weise bekämpft und beschimpft, auf Anfrage von Geschäftsleuten die Zahl seiner Abonnenten einmal auf 5600, ein andermal gar auf 7000 angegeben hat, obwohl er ganz genau wußte, daß das mit den Tatsachen absolut nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Auflage der „Lübeckischen Anzeigen“ ist weit geringer, und darum weigert man sich in der Königstraße 46 jetzt überhaupt, Angaben über die Höhe der Auflage zu machen, was ja sehr begreiflich ist.

Bewertenswert ist nun, daß die „Lüb. Anz.“, die doch alle Ursache dazu hätten, noch nicht einmal den Versuch zu machen, unsere Behauptung ziffernmäßig zu widerlegen, ja, daß sie noch überhaupt nicht gewagt haben, ihren wenigen Lesern die von uns erhobenen Beschuldigungen mitzuteilen. Trotzdem das Blatt doch dem „Volksboten“ versprochen hatte, dessen Ausführungen halbjährlich zu bringen und die entsprechende Antwort gegenüberzustellen. Über die betr. Ausführungen der sozialdemokra-

tschen Redner in der Lübecker Bürgerwehr. Ich wüßte nicht, wie nicht anders zu erwarten war, gleichfalls völlig aus; sie befinden sich dabel bezeichnenderweise im traurigen Chor mit der gesamten bürgerlichen Presse Lübecks. Ob diese Solidarität tiefere Gründe hat, wissen wir nicht; ist uns auch völlig gleichgültig.

Gestern bringt nun das Amtsblatt einen "Eigener Sache" überschriebenen Artikel, der einer gewissen unfehlbaren Komit nicht entbehrt. Mit keinem Wort wird darin der Versuch gemacht, unsere Angaben zu widerlegen, dafür aber darüber gemurmelt, daß die sozialdemokratische Partei "einen solch notorischen Vorkracher, wie es Lüwig ist, an der Spitze duldet". Wir werden natürlich nicht verfehlen, bei den nächsten Vorstandswahlen uns vorher beim Amtsblatt zu erkundigen, wen es für die Leitung unserer Partei am geeignetsten hält. Bisher haben sich nämlich noch alle leitenden Personen, wie sie auch heißen mögen, des amtsblattlichen Hasses erkeut. Sehr interessant ist es, daß anscheinend die "Lübeckischen Anzeigen" den Prozeß klein gegen Lüwig als "zur eigenen Sache" gehörig betrachten, denn der Prozeß nimmt in ihrer Erklärung den größten Raum ein. Und doch bildet dieser Prozeß gerade für unsere Gegner ein sehr trübes Kapitel. Der dort geschlossene Vergleich wurde übrigens nicht von unserer Seite angesetzt.

Seinen vertumderischen Gesplogheiten bleibt das Amtsblatt treu, wenn es behauptet, die in den Zeitungskatalogen enthaltenen Angaben über die Auflage des "Volksboten" stimmen mit unseren eigenen Angaben nicht überein. Man möchte uns gern mit gleicher Münze dienen, kann es aber nicht. Wir fordern nunmehr das Amtsblatt auf, für seine niedrigen Verkäuflichkeiten auch Beweise zu erbringen; vermag es das nicht, so muß es sich gefallen lassen, daß wir sein Vorgehen öffentlich als plumpe Schwindsel gedehend festnageln werden.

Diese ganze den "Lübeckischen Anzeigen" so weinliche Affäre ist von uns hauptsächlich deshalb angeschnitten worden, weil das Blatt die Dreifaltigkeit besaß, nach der für die bürgerlichen Parteien so schmachvoll verlaufenen Wahl dazu aufzufordern, den Interzenteil des "Volksboten" zu boykottieren und die Hypothekeneide im Gewerkschaftshaus zu kündigen. Die unflätigen persönlichen Anwürfe gegen den Genossen Lüwig, die in der Hauptfrage nicht während des Wahlkampfes, sondern nachher erfolgten, waren dafür in keiner Weise ausschlaggebend, ebenso wenig die amtsblattlichen Verunglimpfungen unseres verdienten Genossen Schwarz oder die Beschimpfungen von Wählern, die nach ihrer Überzeugung sozialdemokratisch gestimmt hatten. Wenn unsere Ausführungen dazu beigetragen haben sollten, daß die "Lübeckischen Anzeigen" sich in Zukunft etwas mehr der Wahrheit befleißigen und auch dem Gegner gegenüber etwas mehr den Unstand wahren, so wäre damit der von uns gewollte Zweck erreicht.

Der Bürgerausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung, sich gütlich für den Erlaß besonderer Bau- und Umbauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde auszusprechen. Im Anschluß daran wurde auf Antrag Dr. Witterns folgendes Ersuchen an den Senat gerichtet: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, der Bürgerwehr einen Geschenkwurf vorzulegen, durch welchen Bau- und Umbauvorschriften auch für das Städtchen Travemünde und die an das Strandgebiet Travemünde angrenzenden Gebiete erlassen werden. Der Senatsantrag betr. Neuordnung der Siedlungsgebiete wurde an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen, in die Böbs, v. Schaaf, Gumbel, Dr. Wexhe und Hoff gewählt wurden. Mit Genehmigung wurde die beantragte Bewilligung von 700 Mark zur Deckung der Ausgaben des Oberverwaltungsamtes. Infolge der Annahme der Geschenkwürfe betreffend das Kostfunderwesen und die Berufsvormundschaft soll zum 1. April 1912 beim Stadt- und Landamt 1. ein weiterer Oberbeamter mit einem von 5000 Mk. bis 8500 Mk. steigenden Gehalt und 2. ein weiterer Kanzlist mit einem nach Klasse A V des angeführten Besoldungsnetzes von 1900 Mk. bis 3000 Mk. steigenden Gehalte angestellt werden. Zu Ziffer 2 beantragte Dr. G. Meyer folgenden Zusatz: "unter Wegfall der Stelle eines pensionberechtigten Bureaugehilfen". Dieser Antrag wurde angenommen. Die Senatsvorlage wurde mit diesem Zusatz zur Mitgenehmigung der Bürgerwehr empfohlen. Gütlich bekümmert wurde ferner die Errichtung einer weiteren Kanzlistenstelle beim Polizeiamt, ebenso ein Senatsantrag, der besagt, daß dem Waisenhaus außer dem ihm durch Rat- und Bürgerwahl vom 9. Dezember 1908 zu den Kosten der Unterhaltung seiner Schule bewilligten Zuschuß von jährlich 2000 Mk. eine weitere Bewilligung von jährlich 2000 Mk. für die Rechnungsjahre 1912 und 1913 bewilligt und daß dieser Betrag in die Voranschläge der betreffenden Rechnungsjahre eingestellt werde. — In eine Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Lippert, Böbs, Dr. Wexhe, Dr. Wittern und Dr. v. Brocken, verwiesen wurde der von der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betreffend die Wasserversorgung des Ansiedlungsgebietes Rüdönig gestellte Antrag: Die Bürgerwehr ersucht den Senat, eine baldige und eingehende Prüfung der Fragen in die Wege zu leiten: 1. welche Ursachen dazu geführt haben, daß die Mietpreise im Ansiedlungsgebiet Rüdönig derartig hohe sind, daß der Zweck, der mit der Schaffung dieses Ansiedlungsgebietes erreicht werden sollte, in Frage gestellt ist, und 2. welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Erreichung des beabsichtigten Zweckes, die Errichtung von Arbeiterwohnungen zu angemessenen Mietpreisen, sicherzustellen. — Der Antrag Heinsohn, die Bürgerwehr ersucht den Senat in Erwägung zu ziehen, ob nicht die amtlichen Bekanntmachungen getrennt von einer Tageszeitung für sich herausgegeben werden können, wurde auf Vorschlag des Vorsitzers zur Vorprüfung an eine Kommission von drei Mitgliedern verwiesen, in die Dr. von Brocken, Heinsohn und Dr. Wittern gewählt wurden.

Sammelkisten abgeliefern. Die aus Anlaß der Reichstagswahl ausgegebenen und noch außenstehenden Sammelkisten sind sobald als möglich im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, abzuliefern.

Ärztliche Gutachten und Unfallverletzte. Zwischen Unfallverletzten und vielen Ärzten der Berufsgenossenschaften spielt sich ein fortwährender Kleinkrieg ab. Die meisten Verletzten klagen darüber, daß der Arzt, wenn er nicht gleich augensichtliche Verletzungen sieht, geneigt ist, den zu Untersuchenden als Simulanten zu betrachten. Die ganze Art und Weise, wie manche Ärzte die Sache behandeln, macht auf die Verletzten den Eindruck, als wüßte der Arzt mit der ganzen Sache gar nichts Rechtes anzufangen. Es wird dann einfach auf gut Glück ein Gutachten gegen den Verletzten geschrieben. Besonders schlimm steht es für die Verletzten, wenn sich infolge Betriebsunfalls ein Nervenleiden (Unfallneurose, traumatische Neurose) entwickelt. Diesem Leiden steht leider eine große Zahl Ärzte verständnislos gegenüber. Dem Verletzten wird in mehr oder weniger deutlicher Weise zu verstehen gegeben, daß er simuliere, da absolut nichts zu finden sei. Das beste Mittel sei die Arbeit und was der Wertschätzung noch mehr sind. Der Kranke fühlt sich durch die Unterstellung, daß er simuliere, beleidigt, regt sich auf, läuft zu einem andern Arzt, macht dieselben Erfahrungen, und der Schluß ist dann die Renten Kürzung oder

die Rentenentziehung. Aber gerade durch mangelhafte Kenntnis des Arztes auf dem Gebiete der Nervenleiden und durch die ungerechte Behandlung des Verletzten verschlimmert sich sein Zustand. Macht aber ein Verletzter vor dem Schiedsgericht einmal den Versuch, auf die mangelnden Kenntnisse irgendeines Arztes hinzuweisen, dann wird es meistens vom Vorsitzenden, als Ungebühr gerügt. Jetzt kommt aber kein Geringerer als Professor Ernst Schulze und macht in der Sammlung zwangloser Abhandlungen aus dem Gebiete der "Nerven- und Geisteskrankheiten" im 9. Band, Heft 1 auf manche Mängel in ärztlichen Gutachten aufmerksam. Es heißt dort unter anderem: "Billigerweise kann man nicht von jedem als Gutachter gehörten Arzte eine genaue Kenntnis der einzelnen Spezialfächer voraussetzen. Aber bedenklich ist es doch, daß so wenig Gutachter die Grenzen ihres eigenen Wissens kennen, und daß fast jeder Arzt glaubt, auch über schwierige Fälle von traumatischer Neurose urteilen zu dürfen, wiewohl zu deren sachgemäßer Bewertung ein nicht geringes Maß psychiatrischen Fühlens und Könnens unerlässlich notwendig ist. Die Tatsache der mangelnden Selbsteinschätzung der Ärzte erklärt die Beobachtung, daß die Sicherheit des Auftretens des Sachverständigen, sei es im Gutachten, sei es vor Gericht, vielfach im umgekehrten Verhältnis zu dem tatsächlichen Wissen steht. Auch mag der Umstand nicht gerade die Qualität der Gutachten fördern, daß von einem einzelnen Arzte oft eine große Zahl von Gutachten in verhältnismäßig geringer Zeit erstattet werden muß." Weiter äußert Herr Professor Schulze Bedenken gegen die Gutachten der Krankenhäuser, in denen hauptsächlich Unfallverletzte begutachtet werden, weil durch die Masse der Unfallverletzten der einzelne Fall nicht genügend gewürdigt werden kann. Bei den Massenuntersuchungen und Nachuntersuchungen von Rentenempfängern bestehe die Gefahr, daß eine genaue körperliche Untersuchung unterlassen wird, die aber doch unbedingt notwendig sei für die Begutachtung des Falles. Auch wird bei Begutachtung der Unfallverletzten vielfach der Fehler begangen, daß der Arzt dem Verletzten seine (des Arztes) eigenen Gedankengänge unterwerft. Der Arzt vermutet nicht nur, daß sich in der Seele des anderen die psychischen Vorgänge abspielen, wie er glaubt für sich annehmen zu können — doch nur auf Grund von Analogieschlüssen —, sondern diese Vermutung ist für manchen Gutachter sehr bald eine bewiesene Tatsache. Die Ärzte müßten ferner eine bessere psychiatrische Ausbildung erhalten und auch mehr mit den Unfallverletzten und ihrer praktischen Bedeutung bekannt gemacht werden. Immer und immer wieder sei aber auf die ernste Verantwortung hinzuweisen, die die Ärzte mit der Erstellung eines Gutachtens — sei es auch nur ein Befundschein für 3 Mk. — übernehmen. Gerade die erste Behandlung der Unfallverletzten und ihre zweckentsprechende Beratung bei dem Aufreten der ersten Beschwerden sei oft für den weiteren Verlauf des Prozesses entscheidend. Auch sei es nicht richtig, daß die Unfallverletzte von einem einzigen Lehrer an unseren Hochschulen gelehrt wird. Den Psychiatern müßte die Aufgabe zufallen, die Studierenden mit dem Wesen der traumatischen Neurosen vertraut zu machen. Vor allem seien die Studierenden zu warnen vor gar zu schneller Annahme einer Simulation. Aus einem solchen Interzenteil würde dann jeder die Mahnung mitnehmen, daß bei der Begutachtung Unfallverletzter besondere Vorsicht angebracht ist. Diese Darlegungen des als Autorität bekannten Professors Schulze mögen sich die Arbeiter gut merken, um gegebenenfalls beim Schiedsgericht usw. Gebrauch davon zu machen. Von den Herren Ärzten, auf die der Satz zutrifft, daß die Sicherheit ihres Auftretens vor Gericht oder im Gutachten vielfach im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Wissen steht", erwarten wir eingehendes Studium der obigen interessanten und lehrreichen Broschüre.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Das Gesangs- und Sprechorgan des Menschen, sein richtiger Gebrauch und die Heilung der durch falschen Gebrauch entstandenen Schäden. Am ersten Vortragabend, Mittwoch, dem 7. Februar 1912, führte Herr Dr. med. Ott etwa folgendes aus: Die Gesangs- und Sprachlehrer sind bisher zum großen Teil keine besonderen Freunde der ärztlichen und phonetischen Wissenschaft gewesen, einerseits, weil ihnen vielfach die Mängel der Wissenschaft gefehlt hat, was die Wissenschaft bisher gelehrt hat, gründlich kennen zu lernen und sie, durch diese Unkenntnis verführt, vielfach in dem Glauben leben, daß die Kunst dadurch Schaden leidet. Das kann aber gar nicht eintreten, denn die Wissenschaft wendet sich nicht an die Kunst, sondern nur an die Technik des Gesanges. Der zweite Grund liegt darin, daß die Wissenschaft bisher zu wenig Verständnis für die praktischen Fragen der Gesangslehre gezeigt hat, die dem Stimmpädagogen naturgemäß in erster Linie am Herzen liegen muß. In der letzten Zeit beginnen sich jedoch diese Verhältnisse zu ändern; Beweis dafür sind die Vortragsthemen der letzten musikpädagogischen Kongresse in Berlin, und andererseits die Tatsache, daß auf dem letzten internationalen Kongreß der Halsärzte in Berlin im vergangenen Herbst ein ganzer Tag den Verhandlungen über diese Frage gewidmet war. Allenhalben macht sich langsam aber sicher in den Fachkreisen der Stimmpädagogen das Bedürfnis geltend, der Wissenschaft näher zu treten und mit ihr gemeinsam Hand in Hand zu arbeiten; doch ist dazu aber nötig, daß die Stimmpädagogen den Willen haben, sich die auf ihrem Gebiete festgestellten wissenschaftlichen Tatsachen wenigstens in der Hauptsache anzueignen. Aus Büchern allein ist das nicht möglich, auch wenn sie mit noch so guten Abbildungen geschmückt sind. Diese Kenntnis nun zu vermitteln ist der Zweck der beiden ersten Vorlesungen. Das Bedürfnis nach einer solchen Aufklärung haben auch die Fachverbände schon empfunden, so die Musikgruppe Verband der Musiklehrer und Lehrerinnen Hamburg, welche diese gleichen Vorträge von denselben Vortragenden auch in Hamburg abhalten läßt, ferner der musikpädagogische Verband in Berlin, der für ähnliche Vorträge namhafte Berliner Gelehrte gewonnen hat. — Im dritten Vortrage soll dann die Tätigkeit des Stimmorgans erörtert werden, insbesondere, wie weit er helfend eingreifen kann, sei es allein, sei es gemeinsam mit dem Stimmpädagogen. Im Anschluß daran werden in den beiden letzten Vorträgen in großen Umritten die Grundzüge erläutert, wie, auf den gewonnenen Kenntnissen fußend, die Stimme so zu bilden ist, daß sie gut und mühelos funktioniert, und wie, auf gleicher Grundlage ruhend, verbundene Sing- und Sprechstimmen wiederhergestellt werden können. Die Vorträge sind nicht nur für die bestimmt, welche sich berufsmäßig mit der Schulung der menschlichen Stimme befassen, also Sprachlehrer, Kunstgesangslehrer, Schulgesangslehrer, Lehrer, welche den ersten Vorkursus erteilen, sondern auch für die Gesangsbesessenen und alle, deren Berufstätigkeit sich auf den Gebrauch ihrer Stimme gründet. Der Vortragende erläuterte dann den Bau des Stimmorgans in seinen drei Hauptteilen: Atmungsorgan als Luftzerzeuger, Kehlkopf als Zonerzeuger, obere Luftwege als Klangerzeuger, Resonanzraum; alles mit besonderer Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse der Gesangs- und Sprachlehrer. Der Vortrag selbst brachte eine Reihe von Lichtbildern, Modellen und Apparaten zur Anschauung. Am Schlusse kamen noch Demonstrationen: die lebenden Stimmbänder in ihrer Tätigkeit beim Atmen, Flüstern und Singen, ferner

anatomische Präparate von den in Frage kommenden Organen. Zur Beobachtung des Singorgans beim Singsingen in seiner Tätigkeit sind die Röntgenstrahlen sehr geeignet; bei der Betrachtung damit erscheint der Hals durchsichtig wie Glas; man kann Kehlkopf, Kehlbefel, Zunge in ihrer ganzen Ausdehnung, Riefer und Gaumen usw. in ihrer Bewegung bei den einzelnen Tönen und Lauten deutlich beobachten, wie dies von den drei Vortragenden schon seit längerer Zeit zu wissenschaftlichen Zwecken an einem großen Material in Hamburg ausgeführt worden ist. Aus technischen Gründen konnten derartige Vorführungen nicht in dem Vortragsaal stattfinden und wurden deshalb die Zuhörer für einen späteren Termin zu dieser Demonstration nach dem Röntgen-Laboratorium von Herrn Dr. Meyer eingeladen.

Handelsregister. Am 7. Februar 1912 ist bei der Firma Danseatischer Lloyd, Aktiengesellschaft in Lübeck, eingetragen: Das Grundkapital ist um 300 000 Mk. herabgesetzt und beträgt jetzt 300 000 Mk.

pb. Wäffschiedsfall. In der Zeit vom 3.-6. d. M. sind vom Trockenboden des Hauses Lindenstraße 16a drei weiße Herrenhemden, zwei Normal-Herrenhemden und zwei Normal-Herren-Unterhemden abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Mittels Einbruch. In letzter Nacht bei Fürzgen, Schwartzauer Allee, gestohlen: 3 Stücke roter Weltbrell a 30 Meter, 1 Stück marineblauer Kleiderstoff, 20 Meter, 1 Stück dunkelblauer Satinblau, 14 Meter, mehrere Reste marineblauer Kleiderstoffe und 1 Dugend Normal-Unterhosen.

Sanja-Theater. Man schreibt uns: Eine Neueinrichtung, die sicher vielen Beifall finden wird, will Direktor Goldbach für die Schüler aller Lehranstalten einführen und zwar durch populär-wissenschaftliche Vorträge, die durch Lichtbilder erläutert werden. Der erste dieser Vorträge findet am Sonnabend nachmittag 4 Uhr statt und bringt einen "Spaziergang durch Hagenbecks Tierpark in Stellingen". Den Text hierfür hat der wissenschaftliche Assistent des Hagenbeckschen Tierparks Herr Dr. Meyer, jetzt Direktor des Zoologischen Gartens in Rom, geschrieben. Die Lichtbilder werden sämtlich nach Originalaufnahmen angefertigt. Die Preise der Plätze für Schüler sind 20, 30 und 50 Hfg. — Sonntag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr findet die Premiere von "Butterflöge" statt, in welcher Herr Harry Walden die Hauptrolle spielt und bleibt dieses Stück nun einige Zeit auf dem Repertoire. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet zum letztenmal die Aufführung von "Sein Personal" zu kleinen Preisen statt und tritt ferner das gesamte Künstlerpersonal auf.

Stadttheater. Man schreibt uns: Für Sonntag befindet sich das Lustspiel "Doktor Klaus" von Adolph Bronges in Vorbereitung.

Arrens Stadtheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, kommt Offenbachs burleske Oper "Orpheus in der Unterwelt" zur Wiederholung. Am Sonnabend, abends 7 Uhr, gefolgt bei kleinen Preisen Schillers Schauspiel "Die Räuber" zur nachmaligen Aufführung. Der hier als Gast stets gern gesehene Kammergänger Alois Penarini vom Hamburger Stadttheater wird am Dienstag, dem 13. Februar cr., ein Gastspiel als "Lannhäuser" in Richard Wagners gleichnamigen Wert bei gewöhnlichen Opernpreisen absolvieren. Ferner ist es der Direktion gelungen, Herrn Robert Nilh vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg für ein Gastspiel als Hjalmar Ekda in Ibsens Schauspiel "Die Wildente", eine seiner glänzendsten Rollen, zu gewinnen, welches am Freitag, dem 16. Febr. cr., stattfindet.

Schlump. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet umständlicher morgen — Freitag — von 6 bis 7½ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, Gasthof „zur Linde“ statt.

Schwarze. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariates findet nicht Freitag, sondern Sonnabend, den 10. Februar, von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Binkert, Gasthof „Zaanvaal“, statt.

Schwarze-Menschen. Die organisierte Arbeiterkassette von Schwarze-Menschen wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Wirtschaft von F. Bögner 20 Gläser-Bier geschenkt wird.

Bühnen. Die Furcht der Militärbehörde vor Sozialisten. In der mecklenburgischen Stadt Bülow bei Rostock fanden während der Wahlkampagne zwei von der Sozialdemokratie einberufene Versammlungen im „Schützenhause“ statt. Jetzt hat der Vorsitzende der Ortskommission dem Schützenhauswirt eröffnet, daß er jene Versammlungen wegen der militärischen „Aushebungen“ nicht mehr im „Schützenhause“ abhalten werde. — Dafür leben wir aber auch in einem Rechtsstaat!

Handels- und Markt Nachrichten.

Getreidepreise. Lübeck, 7. Februar. Weizen, 129—133 Pfd. holl. 205—209 Mk. Roggen 122—125 Pfd., holl. 190—194 Mk., Gerste, nach Qualität, 190—200 Mk. Hafer, nach Qualität, 195—200 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz Viehmarkt vom 7. Februar. Auftrieb 2019 Schweine. Markt sehr flau geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59,— bis 60,— (47,00 bis 48,00 Mk.) Mittelware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 57,— bis 58,— (45,50 bis 46,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 56,50 bis 57,50 (44,00 bis 45,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 57,00 (43,00 bis 44,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 45,— bis 54,00 (34,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 53,— bis 54,00 (42,50 bis 43,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,00 bis 52,00 (35,00 bis 40,50) Mk.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 7. Februar.
 1. Klasse 348 Drittel zu 144,92 Mk. im Durchschnitt.
 2. 17 140,65 Mk.
 Unverkauft blieben — Tonnen.

Briefkasten.
Streitende. Die Frage kann nicht generell beantwortet werden. Es kommt auf die Umstände an, unter denen sich der Unfall abgespielt hat.

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargemeinde" und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. J. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb plötzlich und unerwartet unsere Innigstgeliebte, herzensgute Tochter
Klara

im 20. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert von ihren Eltern und Geschwistern
Hugo Salamon und Frau, geb. Strunck.

Heute morgen 2 1/2 Uhr entlieft nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treue, gütige Mutter
Elise, geb. Lau

im Alter von 45 Jahren. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von mir, meinen Kindern, Schwiegersohn und allen die ihr nahe standen
W. Hoffmann und Familie.

Gr.-Steinrade, den 7. Februar 1912. Die Beerdigung findet Sonnabend, mittags 1 Uhr, vom Sterbehause statt.

Am Dienstag abend 6 1/2 Uhr starb nach schwerem Kampfe unter guter unversehrter Vater Bruder, Schwieger- und Großvater der Schneidermeister
Joh. Jürgen Bunge

im 74. Lebensjahre. Tiefbetrauert von den Seinen
Johannes Bunge und Frau Otto Bunge und Frau Adolf Bunge und Frau Karl Groth u. Frau, geb. Bunge Adolf Geyer u. Frau, geb. Bunge Lübeck, 7. Februar 1912. Sterbehause Schönböfenerstr. 3. 11 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Beginn der Trauerfeier 3 1/4 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein

Am Mittwoch verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schneidermeister
Johann Bunge

Schönböfenerstraße 3 im Alter von 74 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Vorwerk Friedhof statt. Die Parteigenossen sammeln sich 3 1/2 Uhr im „Weißen Tisch“, Krempeborfer Allee.
Der Vorstand.

Mittwoch früh 2 Uhr entlieft sanft und ruhig nach kurzem schwerem Leiden in ihrem 62. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Wilhelmine Hildebrandt.

Tief betrauert von allen, die ihr nahe standen. In Trauer
E. Hildebrandt u. Familie. Lübeck, Vorbeckstr. 10a. Beerdigung Montag. Beginn der Feier 2 1/4 Uhr im Trauerhause.

Laufbursche sofort gesucht. **F. W. Wendt,** Große Peterstraße 21.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling für meine Schlosserei u. Fahrradrep.- Werkstatt. **H. Krohne,** Schwartau.

Achtung! Steinsetzer u. Berufsgen. Versammlung

heute Donnerstag, 8. Februar abends 8 Uhr. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Freitag, d. 9. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Jahresbericht.
4. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Bauarbeiter-Verbd. Schwartau.

Versammlung am Sonntag, d. 11. Februar im Vereinslokal.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kohlm. Markt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. u. a.:
Lederhosen . . . 2.20-6.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25
Aberziehhosen . . . 1.08-2.35
Zwirnhosen . . . 1.68-3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen, Malermäntel ertauslich billig. Nähen von 30 Pf. bis 1.38 Mk. Rote Lubeckam.

Zür Zahnleidende! Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen. Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56 v. 10-11 u. 4-6 Uhr.
Tägl. frische Bäckerwaren usw. **Heinrichstr. Nr. 6** Achtung! Verkauf auf der Diele.



Für unsere Leser!
Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkbuch, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text bieten wir unseren Lesern zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Fleischnot. 22 Fünfhausen 22.

Inventur-Ausverkauf.

Es kommen zum Verkauf, teilweise auch im Schaufenster ausgelegt:
Knaben-Schulstiefel Rindleder, kräftig
Größe 27-30 **3.90** Mk. 31-35 **4.50** Mk. 36-39 **5.50** Mk.
Herren-Rindbox-Zug- und Schnürstiefel
spitze und breite Form **7.90** Mk.
Herren echt Vorkalf-Schnürstiefel
von **8.75** bis **12.50** Mk.
Herren-Arbeitschuhe mit Eisen **4.25** Mk.
Herren-Hauschuhe **3.25** Mk.
Damen-Hauschuhe **2.35** Mk.
Rindbox-Mädchenstiefel Gr. 31-35 **3.90** u. **4.50** Mk.
und noch vieles nicht Genanntes mehr.

Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3, bei der Schwartauer Allee.

Freiwillige Frauen-Sterbekasse.

General-Versammlung
am Freitag, dem 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1911.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, dem 11. Februar:
Große öffentliche Volksmaskerade
Prinz Karneval zu Roß
verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.
Anfang 4 Uhr. Maskenzug 7 1/2 Uhr. Ende morgens. Maskengarderoben und Freifeur im Hause. Demaskierung nach Willen. Karten im Vorverkauf sind im Lokal zu haben.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Neue Kurse
beginnen am Montag, dem 12. Februar 1912 in
Deutscher Sprache,
am Mittwoch, dem 14. Februar in
Stenographie (System Stolze-Schrey).
Der Unterricht findet statt
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**
Er beginnt präzise 8 1/2 Uhr.
Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfg., der monatliche Beitrag ebenfalls 30 Pfg. Jedem Mitglied steht die Teilnahme an diesen Kursen kostenlos frei. Neuaufnahmen werden an den Unterrichtsabenden entgegengenommen. Um zahlreiche Teilnahme ersucht
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Sonntag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Premiere
Der Brettelkönig
mit Herrn Harry Walden in der Hauptrolle.
Les Romanis & Atlanties Les Lanzas
Trompeter v. Jericho. Akrobaten. akrob. Tänzer.
Nachmittags 4 Uhr: Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.

Achtung! Fabrikarbeiterverband

Die am Freitag, dem 9. Februar fällige Mitglieder-Versammlung fällt aus.
Die Ortsverwaltung.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 11. Februar 1912, von nachmittags 4 1/2 Uhr an:
Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Der Jugendauschuss.
Oeffentliche

Kartell-Versammlung

am Freitag, dem 9. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1911.
2. Eingänge.
Zahlreiches Erscheinen der Delegierten ist erwünscht.
Die Kartellkommission.

Gesangverein „Einigkeit“

Schlutup.

Maskenball u. Kappenfest

Sonntag, 11. Februar im „Gasthof zur Post“.
Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr. Versammlung d. Masken 7-8 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Maskierung 11 Uhr für Tänzer besteht Kappenzwang. Eintritt für Maskierte 40 Pf. Für Zuschauer 80 Pf. Damen 40 Pf. Fremde Biertrink sowie Kinder haben keinen Zutritt.
Das Komitee. Masken-Kostüme sind im Lokal von Sonnabend, 10. Febr., nachm. 5 Uhr an, zu haben.

UNIVERSUM.
Das lustige
Heinr. Kalberg-Ensemble
(10 Personen).
Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Nach d. Vorstellung: Kabarett.

Neues Stadttheater.

Freitag, 9. Februar. 7 1/2 Uhr. Wolf-Ab. 122. Freitag-Ab. 20.
Orpheus in der Unterwelt.
Burleske Oper von Offenbach.
Sonnabend, 10. Februar. 7 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Die Räuber.
Schauspiel von Schiller.
Vorläufige Anzeige!
Dienstag, 13. Februar. 7 1/2 Uhr.
Bei gewöhnlichen Opernpreisen!
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers
Alois Penmarini
vom Hamburger Stadttheater.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.

Stadthallentheater.

Sonntag, 11. Februar. 7 1/2 Uhr
Doktor Klaus.
Lustspiel von Ad. Arronge.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14; und Rod, Köhlmarkt 13.

Knorr-Hafermehl
ist der einzig richtige Zusatz zur Kuhmilch und ein vorzügliches Kräftigungsmittel für Kinder wegen seines hohen Gehalts an blutbildenden Nährsalzen.

Die erste Reichstags-Sitzung.

Auf den Straßen werden die Mittagsblätter mit der Chronik ausgerufen: Das Gefüge des Reichs und die staatliche Ordnung fest zu erhalten wird darin angekündigt. Der Leser fragt sich, ob es der Festigkeit des staatlichen Gefüges sehr dienlich gewesen sei, wie jene andere Chronik erfüllt wurde, in der es hieß: „Es ist mein Wille, daß das Wahlrecht zum preussischen Landtag der modernen Zeit entsprechend entwickelt werde.“ Diesmal ist zwar nicht von „meinem Willen“, wohl aber umso eindringlicher von der angeblich unerlässlichen Notwendigkeit neuer gewaltiger Rüstungen zu Wasser und zu Lande die Rede. Das unverbrüchliche Festhalten an der vom deutschen Volk so schmerzhaft empfundenen Hochschulzpolitik wird angekündigt! Kein Wort aber über das, was das Volk nach seinem Wahlsieg vom Parlament verlangt und erwartet, kein Wort von Gesetzen über die Erweiterung der Rechte des Reichstages, über die Neueinteilung der Wahlkreise, über sozialpolitische Vorlagen zur Begrenzung der Arbeitszeit, zur Einschränkung der Ausbeutung...

Am Reichstagsgebäude sind große Menschenansammlungen, die den anfahren Wagen Spalier bilden. Ab und zu erhebt ein kurzer brandender Hochruf, wenn die Massen eines bekannten Mitgliedes der sozialdemokratischen Fraktion ansichtig werden.

Der nüchterne Saal des Reichstages füllt sich schnell und mit gewaltiger Neugier blicken die Gäste von den ungeheuer überfüllten Tribünen in den Saal hinab. In der Loge der früheren Abgeordneten sieht man manche, die gern wieder ihre Plätze unten eingenommen haben würden. Die Herren Dr. Wiemer und Gehring machen aber gute Miene zu dem bunten Bilde da unten. Auf der Linken ist es noch ziemlich leer, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse **Bebel**, spricht mit dem alten **Träger**, der des Hauses Alterspräsident sein wird. Auf der Rechten erscheint **Graf Rasbowski** und zu allgemeinem Erstaunen nimmt er seinen Platz unmittelbar hinter dem diesmal noch Erwählten von Bornabegau, dem Reichsverbandsgeneral v. Liebert. Will er sich dessen Renommé stets als warnendes Beispiel vor Augen führen?

In dem Moment, wo — bei völlig leeren Bundesrattribünen — der Alterspräsident die Sitzung eröffnet, hat sich der Saal plötzlich gefüllt. Und nun erst sieht man, daß die Sozialdemokraten die ganzen Plätze besetzen, die früher der Fortschrittlichen Volkspartei gehörten und sogar noch einen Teil der bisher nationalliberalen Sitze. Für die neugewählten Sozialdemokraten interessiert sich das Publikum sehr lebhaft und man zeigt sich die Genossen, die besonders hart umstrittene Wahlkreise erobert haben oder sonst durch ihre politische Tätigkeit schon vor ihrer Wahl den Berlinern bekannt geworden sind. Jetzt erst gewinnt man einen Überblick über die Situation im Saale. Fortschrittler und Nationalliberale sind nach rechts, zum Teil auf die Zentrumsplätze gedrängt, Seite an Seite sitzen Herr **Kämpf** und Herr **Junk**, die Sitzwahlieger von Berlin I und Leipzig. Das Zentrum hat so manchen von den diversen Antihemiten verlorenen Platz besetzt, die Reichspartei ist zu einem bedeutungslosen Grüppchen zusammengeschmolzen, und die verehrliche Sunkerschaft ist

auf den letzten Sektor rechts beschränkt, wo man Herrn **Dertels** weiße Weste leuchten und den Grafen v. **Schwerin-Löwisch** das Haus betrachten sieht.

Der alte Träger, dessen sympathische Persönlichkeit beim Erscheinen auf dem Plage des Präsidenten herzlich begrüßt wird, beruht vier Abgeordnete zu provisorischen Schriftführern. Zum ersten Male ist ein Sozialdemokrat darunter, Genosse **Dr. Südekum**, was abermals einige Bewegung in dem Hause, auf der Rechten etwas wie Murren hervorruft. Dann wird der Namensaufruf vorgenommen.

Damit war die Tagesordnung der ersten Sitzung erledigt. Schon heute, am Donnerstag, wird der neue Reichstag seine Präsidenten wählen.

1. Sitzung. Mittwoch, den 7. Februar.

Nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist fast vollständig besetzt, die Sozialdemokraten nehmen die gesamte Linke ein, bis zu dem früher von den Nationalliberalen besetzten Bänken. Die Tribünen sind überfüllt.

Alterspräsident **Träger**: Nach § 1 unserer Geschäftsordnung hat bei Eintritt in eine neue Legislaturperiode das älteste Mitglied bis zur Wahl des Präsidenten den Vorsitz zu führen. Ich bin am 12. Juni 1830 geboren, siehe also im 82. Lebensjahre. (Bravorufe). Sollte ein höheres Lebensalter in diesem Hause vorhanden sein, so bitte ich, daß sein Vertreter sich meldet. Das ist nicht der Fall. Ich eröffne daher die Sitzung und berufe gemäß der Geschäftsordnung zu provisorischen Schriftführern die Abg. **Freiherrn Rogalla von Siedekum (R.)**, **Engelen (Z.)**, **Bärwinkel (N.)** und **Dr. Südekum (S.D.)**

Hierauf wird die Anwesenheit der Abgeordneten durch Namensaufruf festgestellt.

Anwesend sind 374 Mitglieder. Die Verlesung der Mitglieder des Hauses auf die einzelnen Abteilungen wird auf Vorschlag des Alterspräsidenten nach Schluß der Sitzung von den Schriftführern vorgenommen werden.

Ebenfalls auf Vorschlag des Alterspräsidenten wird die nächste Sitzung stattfinden Donnerstag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten sowie der Schriftführer.

Schluß 8 Uhr.

Ein Siegestag der Schweizer Arbeiter.

Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz wurde am Sonntag, wie schon kurz berichtet, in der Volksabstimmung mit 285 990 gegen 238 966, also mit einer Mehrheit von 46 924 Stimmen angenommen, und aufreichtige Siegesfreude erfüllte die Arbeiterchaft allerorten, die in langer und unermüdlicher Arbeit den Sieg vorbereitet hatte. Dabei gilt die Freude und Genugtuung nicht allein dem Geleg, das ja nichts weniger als ein Ideal und in der Zukunft sehr verbesserungsbedürftig ist, sondern ebenso sehr der Überwindung der sozialpolitischen Aede und Unfruchtbarkeit, die es verschuldet, daß seit 1877, in welchem Jahre das Fabrikgesetz in der Volksabstimmung Annahme fand, kein nennenswerter sozialer Fortschritt mehr im Bunde gemacht werden konnte.

Die Freude gilt auch der Niederwerfung der frechen und korrumpierenden Kapitalmacht, die keine Mittel ver-

schmähte, das Versicherungsgesetz in der Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Advokaten waren mit 200 Frank für jedes Versammlungsererat gegen das Versicherungsgesetz gekauft worden und es schwärmten ihrer im ganzen Lande eine große Schar meist unbekannter Größen herum, wie die weiblichen Prostituierten in den Straßen der Großstadt. Dem Ansehen des Advokatenstandes hat diese schamlose Prostituierte auf lange Zeit hinaus großen Schaden zugefügt. Es wurde auch bekannt, daß der irrsinnige Parteiführer **Hirter** in Bern jahrelang als Verwaltungsratsmitglied der Unfallversicherungsgesellschaft Zürich jährlich 30 000 Frank für eine oder zwei Sitzungen erhielt. Er war Präsident und Referent der nationalrätlichen Kommission für das Versicherungsgesetz und hielt sich als solcher vorwurfsfrei, so daß es darüber auch mit der genannten Versicherungsgesellschaft zum Bruch kam und er aus dem Verwaltungsrat austrat. Noch korrekter würde es gewesen sein, wenn er den großartigen Bestechungsversuch von vornherein zurückgewiesen hätte.

Zum Abstimmungsresultat sei noch bemerkt, daß 17 Kantone das Gesetz angenommen und 8 es verworfen haben, worunter alle welschen Kantone (Genf, Waadt, Neuchâtel, Valais und Freiburg). Die großen Kantone Zürich, Bern, St. Gallen und Aargau haben mit ihren, zum Teil sehr großen annehmenden Mehrheiten das Gesetz gerettet. In manchen Arbeitergemeinden ist das Gesetz mit einer Dreiviertel- bis Vierfünftel-Mehrheit angenommen worden, in **Zürich**, dem 3. Stadtkreise von Zürich, mit 9429 gegen 1810 Stimmen.

Im Mai 1900 war das erste Versicherungsgesetz mit 341 419 gegen 148 635 Stimmen verworfen worden. Der 4. Februar 1912 mit der Annahme des Versicherungsgesetzes bedeutet nicht nur einen begrüßenden sozialen Fortschritt, sondern auch die Rettung der bürgerlichen Demokratie vor dem Bankrott. Bedenklich ist immerhin, daß von den 830 000 Stimmberechtigten mehr als 300 000 am Sonntag von ihrem wichtigen demokratischen Rechte keinen Gebrauch machten. Eine solche große Zahl von politischen Idioten — 37 Proz. der Stimmberechtigten! — ist für ein kleines Land etwas zu viel. Es harret da der Sozialdemokratie noch ein sehr großes Erziehungswerk. — Unsere Freude über den letzten Sonntag wird noch vergrößert durch die sich öffnenden Siege in Zürich und Basel. Im Bezirk Zürich ist unser Genosse **Lehrer** Debrunner im zweiten Wahlgang mit 15 530 gegen 13 655 Stimmen, die auf seinen liberalen Gegner **Dr. Zwingli** fielen, ins Bezirksgericht, in Basel unser Genosse **Regierungsrat** **Wallchleger** mit 7324 gegen 3659 Stimmen in den Nationalrat gewählt worden, womit die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 16 steigt. Ebenso wurde ohne Gegenkandidat in Basel unser Genosse **Dr. Blocher** als Zivilgerichtspräsident gewählt.

Der Raubkrieg.

Der im türkischen Lager befindliche Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet aus **Dahab** an der tunesisch-tripolitänischen Grenze, daß die türkisch-arabischen Truppen am 25. Januar nach einem mehrstündigen Kampfe durch einen nächtlichen Angriff die Italiener aus ihren Verchanzungen vertrieben und beträchtliches Kriegsmaterial erbeutet haben. Die Italiener, die angeblich mehrere hundert Tote hatten, zogen sich in die Stadt zurück. Das Geschütz der

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(14. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Bei diesen herzlichsten Worten seines Prinzipals fuhr der Prokurist förmlich in sich zusammen. Eine heftige Gemütsbewegung spiegelte sich in seinen zuckenden Miene. Ein Schweigen erstand, eine Pause lähmenden, drückenden Unbehagens. Plötzlich schüttelte **Emil Brinkmann** lebhaft mit dem Kopf, und ein Ausdruck tiefer Bitterkeit und schmerzlicher Resignation lag im Ton seiner Stimme, während er erwiderte: „Fräulein **Helene** hat anders entschieden. Ich habe nichts an mir, was einem jungen Mädchen gefallen könnte. Nicht einmal das Recht, Uniform zu tragen.“

Der Fabrikbesitzer unterbrach ihn mit einer abwehrenden Handbewegung.

„Sie meinen, die Uniform habe sie betört? Nein, **Emil**, da tun Sie ihr unrecht. Er trägt ja doch schon seit Wochen den bürgerlichen Rock, und ich erinnere mich, daß sie einmal geäußert hat — nein, das ist es nicht. Sein elegantes, gewandtes Wesen, seine stattliche Persönlichkeit haben es ihr wahrscheinlich angetan.“

Der Prokurist richtete sich auf. Ein Gefühl der Verämung prägte sich in seinem Gesicht aus.

„Verzeihen Sie mir, Herr **Schöler**“, sagte er. Der Fabrikbesitzer wehrte mit einer gutmütigen Geste ab und rückte etwas näher an den jungen Mann heran.

„Es geht Ihnen nahe, sehe ich“, erwiderte er bewegt. Um so mehr bedauere ich, aber — **Helene** hat mir erklärt, daß sie ihn liebt, und ich muß mich fügen. — Und nun sage Sie mir einmal, lieber **Emil**, was halten Sie von dem Affessor? Trauen Sie ihm zu, daß er aus ehrlichem, wahrhaftem Gefühl heraus sich um **Helene** beworben hat, und daß er sie glücklich machen wird?“

In gespannter Haltung hefteten sich die Blicke des Fragenden auf den neben ihm sitzenden jungen Mann.

In **Emil Brinkmann** schien etwas aus tiefster Brust heraufzudringen. Seine Miene bewegte sich lebhaft, sein Atem ging stürmisch, seine Lippen zuckten. Der Fabrikbesitzer aber ahnte nicht, welch ein heftiger Kampf sich im Innern des jungen Mannes abspielte, und wie er mit der Versuchung rang, einzugehen, daß er während der letzten Monate insgeheim genauere Nachforschungen über das Vorleben des Regierungsassessors angestellt hatte. Mit eifersüchtigen Augen hatte er früher als alle andern das in **Helene** lei-

mende und rasch wachsende Interesse für den eleganten schönen Mann wahrgenommen, und mehr als einmal hatte ihn die Lust angewandelt, die Unerfahrene, Lächliche zu warnen. Sie konnte ja nicht ahnen, daß der Verwunderte ein wüdes Leben hinter sich hatte, daß er ein Verschwendter und Schlemmer war. Sie konnte nicht wissen, daß sich hinter dem glänzenden, einnehmenden Äußern ein roher, gewalttätiger Charakter verbarg. Aber die Furcht, ungläubige Ohren zu finden, sich lächerlich und verächtlich zu machen und sich in den Verdacht eines eifersüchtigen, mißgünstigen Verleumders zu bringen, hatte ihm bisher den Mund verschlossen. Sollte er sich nun dem ruhigen und kühl erwägenden Vater der Verlebten offenbaren? Sollte er ihm mitteilen, daß der Affessor vor Jahren während einer militärischen Dienstleistung vier Wochen Stubenarrest erhalten hatte wegen brutaler Mißhandlung seines Burschen, daß er es nur seiner Beliebtheit, sowie der gutmütigen Zurückhaltung des Mißhandelten verdankte, daß er nicht schimpflich entlassen und ins Gefängnis gesteckt worden war? Sollte er verraten, daß Affessor **Wichard** von seinen Untergebenen wegen seines hochmütigen, kaltherzigen, rücksichtslosen Strenge-Weisens gehaßt wurde? Sollte er berichten, daß der Affessor auch während seiner Militärdienst einen jungen Menschen für immer unglücklich gemacht hatte, indem er gegen den Soldaten, den er durch Härte zur Widersegligkeit aufgeschaltet hatte, ein kriegsgerichtliches Verfahren veranlaßte und ihn für laane Jahre auf Festung brachte?

Sollte er den durch äußere Vorzüge Geblendeten aufklären über den wahren Charakter des Bewerbers und ihm beweisen, daß die zarte, weiche, schwärmerisch angelegte **Helene** niemals glücklich werden konnte in der Ehe mit diesem brutalen egoistischen Genüßmenschen?

Nein! Er brachte es nicht über sich. Die Scham, das Bedenken, für mißgünstig, eifersüchtig, rachsüchtig zu gelten, bewog ihn zu schweigen. Und während ihm vor innerer Erregung der kalte Schweiß auf die Stirne trat, drängte er alles, was ihm auf die Lippen hatte treten wollen, in die ver-schwiegene Brust zurück.

Seine Bekanntschaft mit dem Herrn Affessor ist zu oberflächlich, entgegnete er steif auf die Frage seines Chefs, „als daß ich mir gestatten dürfte, ein Urteil zu äußern.“

Damit machte er Miene, aufzustehen, um an seine Arbeit zu gehen. Aber eine rasche Handbewegung seines Prinzipals haante ihn an seinen Platz.

„Ich möchte noch etwas mit Ihnen besprechen — nämlich die Mitgiftfrage. Ich hätte mich über diese Angelegen-

heit gern mit meinem Schwiegervater noch vor der Verlobung auseinandergesetzt, aber er wehrte schon bei den ersten Worten ab.“ Über das Antlitz des Sprechenden glitt ein Lächeln inniger Zufriedenheit. „Sie hätten nur sehen sollen, **Emil**, wie zartfühlend und vornehm er sich benahm. Ich kam mir ordentlich plumpe und ordinär vor. Aber gefreut hat es mich doch, herzlich gefreut und mich mit Vertrauen und Zuversicht erfüllt. Ja, ich habe die Überzeugung, daß er sie wirklich ehrlich und uneigennützig liebt, und daß er ein durch und durch nobler, antändiger Charakter ist, ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle.“

Auf diese fast enthusiastischen Worte des Fabrikbesizers erwiderte **Emil Brinkmann** nichts. Schweigend, heftig mit den Zähnen an seiner Unterlippe nagend, blickte er vor sich nieder. Seine Finger trakteten sich fest um die Lehne des Sessels, auf dem er saß.

„Ich denke, hunderttausend Mark kann ich meine Tochter getroßt mitgeben“, fuhr Herr **Schöler** fort, „ohne mir Unbequemlichkeiten zu bereiten.“

Und als der andere keine Antwort gab, sprach er weiter: „Ich könnte meinem Schwiegervater die beiden Hypotheken auf dem hartwägigen Grundstück übertragen, wären 50 000 Mk.; dann 30 000 Mk. Aktien der Rheinischen Stahlwerke und zwanzigttausend von der Landbank. Oder meinen Sie, daß ich so hoch nicht zu gehen brauche?“

Der Prokurist schluckte und würgte, dann kam in heiserem fast rohem Tone die Antwort:

„Bei Ihren Verhältnissen können Sie auch noch darüber hinausgehen, ohne sich Verlegenheiten zu bereiten. Sie haben ja doch nur die eine Tochter.“

Der Fabrikbesitzer lächelte.

„Sie haben doch ein gutes Herz, **Emil**. Mein Schwiegervater sollte sich bei Ihnen bedanken.“ Er stand auf und trat dicht an den sich ebenfalls Erhebenden heran. „Schade! Schade! Ich hatt' es mir so schön gedacht. **G. D. Schöler** und Kompanie hätten wir die Firma genannt. **Helene** hat's anders gewollt. Schade!“

Er sah den jungen Mann, der bleich, sich die Lippen wund beißend, vor ihm stand, noch einmal mit väterlichem Wohlwollen an, dann nickte er zum Zeichen, daß die private Unterredung beendet sei.

Grete Brinkmann war die erste Gratulantin. Sie hatte es in der Mittagspause von ihrem Bruder erfahren, und sie kam nun noch an demselben Nachmittag, um ihrer Freundin **Helene** ihre herzlichsten Glückwünsche zu bringen. **Grete** war wohl ebenso erregt wie die Braut selbst. In jedem Mädchen pflegt ja die Verlobung einer Freundin allerlei süße Erinnerungen, Wünsche und eine mit Neid gemischte Bewun-

italienischen Kriegsschiffe verhinderte die Türken, die 32 Tote und Verwundete hatten, die Italiener zu verfolgen. Weiter meldet der Korrespondent, die türkischen Truppen hätten am 28. Januar Homs bombardiert. Mehrere Häuser bei Konata, in denen sich große Munitionsvorräte befanden, seien dabei in die Luft geflogen, was unter den Italienern eine große Panik verursacht habe.

Ein junger türkischer Offizier, der unlängst vom Tripolitankrieg nach Konstantinopel zurückgekehrt ist, teilte mit, daß die italienische Kriegsführung vom militärischen Standpunkt aus so wenig erfolgreich ist, daß die Araber weit davon entfernt seien, den Widerstand aufzugeben. Seit dem drakonischen Vorgehen der Italiener vom Oktober machen die Araber keine Gefangenen mehr; jeder Italiener, dessen sie habhaft werden, wird getötet. Trotz der hohen Summe, die der türkische Oberbefehlshaber für jeden italienischen Gefangenen den Arabern zu zahlen bereit ist, liefern diese keinen Gefangenen lebend aus. Der Fall liegt um so tragischer, als die meisten Gefangenen nicht von den türkischen Truppen, sondern von den Arabern gemacht werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Bereits im Jahre 1908, anlässlich der damaligen Bewegung im Baugewerbe, versuchte die im genannten Bezirk maßgebende Unternehmerorganisation, der „Westdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“ auch die Holzarbeiter in diese allgemeine Bewegung mit einzubeziehen, was jedoch an dem Widerstand der Holzarbeiter scheiterte. Im darauffolgenden Jahre 1909 kamen dann besondere Verhandlungen für das Holzgewerbe zustande, deren hervorzuheben Ergebnis darin bestand, daß das von dem Unternehmer präsentierte Vertragsmuster eine Reihe für die Arbeiter sehr bedeutsame Verbesserungen erfuhr. Auch erzielten die Holzarbeiter einen anderen Ablauftermin für ihre Verträge als den für das Baugewerbe festgelegten; die Verträge gelten bis 15. April 1912 mit einvierteljähriger Kündigungsfrist. Nach vorausgegangenem Bestätigung der beteiligten Arbeitgeberorganisationen — Deutscher Holzarbeiterverband, Christlicher Holzarbeiterverband und Christlich-Deutscher Gewerksverein — sind die Verträge nun am 15. Januar 1912 vorläufig für folgende Orte gekündigt worden: Ahlen, Bochum, Bottrop, Vorbeck, Essen, Dortmund, Mengede, Gelsenkirchen, Gladbeck, Gagen, Haspe, Damborn, Herne, Lütgendortmund, Recklinghausen, Lünen, Oelde, Bethmeke, Waltrop und Wanne. Als Vertragskontrahenten kommen auf Unternehmerseite außer dem bereits genannten „Westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“, der „Rheinisch-Westfälische Tischler-Innungsverband“, der „Arbeitgeber-Schuttpferverband für das deutsche Holzgewerbe“ sowie eine Anzahl freier Innungen in Betracht. Es ist also an Organisationen kein Mangel. Aber den Stand und bisherigen Verlauf der Bewegung läßt sich gegenwärtig noch nicht viel sagen. Sowohl der Unternehmerverband für das Baugewerbe wie auch der Innungsverband haben sich nach erhaltener Vertragskündigung den Gewerkschaften gegenüber zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages bereit erklärt, was von den Arbeiterverbänden natürlich nicht abgelehnt wird. Aber die Art und den Zeitpunkt solcher Verhandlungen wird augenblicklich eine Verständigung zwischen den Beteiligten angestrebt.

Die Aussperrung der Schuhmacher in Wermelskirchen ist am Sonnabend, dem 3. Februar, in neun Betrieben vorgenommen worden, in drei Betrieben wird die Aussperrung am Donnerstag und Freitag erfolgen. Einschließlich der 62 Streikenden bei der Firma Herhardt u. Kattwinkel werden bis zum Schluß der Woche ca. 800 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Orten Wermelskirchen, Hilgen, Buscheid und Dabringhausen durch die Aussperrung betroffen sein. Die Fabrikanten lehnen es ab, den Angehörigen des Schuhmacherverbandes zu den Verhandlungen zuzulassen. Als Grund für die Ablehnung muß hier die Stellungnahme des Ortsbeamten in der Stadtrats-Sitzung vom 22. Januar gegen die Fabrikanten, die die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf Sonntag vormittag haben

berung zu entfachen. Grete Brinmanns Seele hatte das plötzliche Ereignis in ihren Tiefen aufgewühlt; eine weiche, süßschmerzliche Stimmung herrschte in ihrer Brust. Dazu kam noch die Unruhe der Erwartung, die ihr das Blut in den Adern kochen ließ. Immer wieder heftete sie ihre Augen nach der Tür; und bei jedem Geräusch erzitterte sie innerlich. Sie mußte, daß Paul Schöler als Refonvalezent in der elterlichen Wohnung weilte, und der Gedanke, daß er plötzlich eintreten könne, erfüllte sie mit heiserer Sehnsucht.

Aber erst nachdem der Verlobte erschienen war und sie sich verabschiedet hatte, begegnete sie Paul im Korridor der Villa. Er schien hier schon auf sie gewartet zu haben, denn bei ihrem Erscheinen ging er gleich lebhaft auf sie zu.

Sie war ganz erschüttert bei seinem Anblick. Die Angst und die Aufregung, in der sie seit mehreren in den letzten Wochen geschwebt hatte, machte sich jetzt wieder geltend und während sie ihm die zitternde Hand mit heftiger Bewegung entgegenstreckte, traten ihr die Tränen ins Auge.

„Wie bleich Du aussiehst!“ wollte sie sagen, aber sie brachte kein Wort über die Lippen. Die Seele war ihr wie zugeknüpft, und das Herz hämmerte ihr so kümmerlich in der Brust, daß es ihr fast den Atem benahm.

Er drückte herzlich ihre Hand und schien sehr erfreut, daß sie ihn so freundlich begrüßte. Als er die Tränen wahrnahm, die jetzt langsam von den Wimpern tropften und über die Wangen rollten, wälzte die alte Liebe und Herzlichkeit wieder in ihm auf.

„Hast Du Dich um mich gebangt, Grete?“ fragte er und sah ihr ins Auge. „Ja, ja, um ein Haar wäre aus mit mir gewesen.“

Da schloß sie laut auf und warf sich ihm rückhaltlos an die Brust und preßte ihn mit ihren beiden Armen an sich, als fürchtete sie, es könnte ihm jetzt noch irgend ein Leid widerfahren.

„Grete!“ flammelte er. „Einer, einziger Schatz!“ Und er küßte sie wieder und wieder. „Bist Du mir wieder gut?“ fragte er.

„Ich habe Dich ja lieb, Paul,“ küßte sie leidenschaftlich.

Dann trieb das Geräusch einer sich öffnenden Tür sie auseinander, und Grete floh den Korridor hinunter dem Ausgang zu.

Eines Nachmittags — Paul Schöler war bereits als väterlich wiederhergestellt nach seiner Junggelesenwohnung in der Nähe der Kaserne übersiedelt — erschien Referendar von Boltenshagen bei dem jungen Offizier. Schon das Aus-

wollen, erhalten. Die Fabrikanten verlangen, die Organisation solle den Ortsbeamten veranlassen, seine Ausführungen durch die Fabrikanten sich beleidigt fühlen, zurückzunehmen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, Genosse Simon, erklärte jedoch den Fabrikanten: Wir lehnen es ab, unseren Angestellten Vorschriften über ihre politische Tätigkeit zu machen. Der Ablehnungsgrund der Fabrikanten ist nur ein Scheingrund, denn der Fabrikantenverband lehnte Verhandlungen über die Differenzen bei Herhardt und Kattwinkel bereits am 5. Januar ab, und am 20. Januar wurde den Verbandsmitgliedern getündigt, unter Mitachtung der zwischen beiden Organisationen getroffenen Vereinbarungen, nach der vor einer Ausweitung Verhandlungen zwischen den Verbänden stattfinden haben. Die Fabrikanten wollten also schon am 20. Januar nicht mit dem Organisationsvertreter verhandeln, während der Grund für die Ablehnung erst am 22. Januar gefunden wurde. Die Stimmung der Unzufriedenen ist ausgezeichnet und wird der Schlag, den die Fabrikanten gegen die Organisation unternehmen wollten, ein Schlag ins Wasser bleiben.

Auch ein Erfolg der Gewerkschaften. Die Handelskammer Mannheim erklärte dem Bezirksamt daselbst ein Gutachten über den Wohnungsmarkt. U. a. kommt sie nach dem ihr von den Industriellen zugegangenen Bericht zu dem Schluß, daß die Beschaffung von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer nachgelassen habe, weil sie im allgemeinen dabei keine günstigen Erfahrungen gemacht haben. Namentlich hätte der „Widerstand der Gewerkschaften“ gegen die Fabrikwohnhäuser in Verbindung mit den teuren Bodenpreisen die Unternehmer veranlaßt, das Bauen von Arbeiterwohnungen einzustellen. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Fabrikwohnhäuser ist berechtigt. Wollen die Unternehmer helfen, den Mangel an Kleinwohnungen zu beseitigen, dann mögen sie den Bauvereinigungen und Gartenstadtgesellschaften Kapitalien zur Verfügung stellen.

Augeneurer Gewerkschaftsangehöriger. Der frühere Lokalbeamte des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Dresden, Franz Schmidt, wurde am Montag vom Landgericht wegen Unterschlagung mehrerer tausend Mark Verbandsgelder zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Zwei Monate wurden ihm als Verbüß auf die Untersuchungshaft angerechnet. Im Urteil verlas der Vorsitzende, daß die Revisoren erst durch ihre sagen Revisionen die Unterschlagungen ermöglicht hätten.

Zur Lohnbewegung im englischen Kohlenbergbau. Der internationalen Konferenz der Bergarbeiterförderung, die am 1. und 2. Februar in London tagte, ist es gelungen, die Minimallohnforderungen der einzelnen Reviere in Abstimmung mit dem Beschluß der letzten Generalsammlung zu bringen. Der Minimallohn soll jetzt dem in jedem Revier üblichen Lohne entsprechen. Die Höhe des Minimallohnes ist nur für die Dauer festgesetzt worden. Bezüglich der Minimallohne der im Tageslohn stehenden Untertagsarbeiter und der Jugendlichen wurde beschlossen, daß jedes Revier diese Frage selbst zu regeln habe. Mit der Uneinigkeit der Bergarbeiter, von der die bürgerliche Presse bis vor kurzem spaltenlange Berichte brachte, ist es also nicht. Das große Bergarbeiterheer rückt langsam, aber in gerader Linie vorwärts.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren im Jahre 1911.

Vor einigen Wochen konnte bereits über die Erfolge dieses Verbandes bei den Lohnkämpfen berichtet werden. Nun liegt in Nr. 5 der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“ der Jahres- und Kassenbericht für das vergangene Jahr vor. Danach betrug der Mitgliederbestand am Jahres-schluß 2646, was einem Mehr gegen das Vorjahr von 3375 Mitgliedern gleichkommt. Im Jahresdurchschnitt wurden 25218 Mitglieder zu fast 42 geleisteten Wochenbeiträgen gezählt. Die Zunahme betrug bei den männlichen 2190 und bei den weiblichen 1185 Mitglieder. Unter den Gesamtmitgliedern sind 17910 gleich 67,7 Proz. Bäcker, 1628 gleich 62,4 Proz. Konditoren, 2411 gleich 9,1 Proz. Hilfsarbeiter, 4246 gleich 16,0 Proz. Arbeiterinnen und 273 gleich 1,0 Proz. Lehrlinge. Die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder ist vornehmlich auf die großen Lohnkämpfe in der Schokoladen- und Zuckermarenderie zurückzuführen. Der Verband gliedert sich in 119 Zahlstellen mit selbstständiger Geschäftsf-

führung. Da jedoch in dieser Organisation das System der Bezirkszahlstellen eingeführt ist, so erstrecken sich die Verbandsmitglieder auf bedeutend mehr Orte, als selbstständige Verwaltungsstellen bestehen. Nach einer im Jahre vorher veranstalteten Umfrage verteilten sich die Mitglieder auf 1392 Orte.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 682 539 Mark gegen 504 595 Mk. im Jahre vorher; davon entfallen auf Eintrittsgelder und Beiträge 594 172 Mk. Von den Ausgaben ist hervorzuheben 145 592 Mk. für Erwerbslosen-, Umzugs- und Notunterstützung sowie Sterbegeld; an Gesamteinnahmen wurden 8847 Mk. ausgezahlt. Die Ausgaben für die Lohnkämpfe betragen 157 047 Mk. und für Streiks in anderen Organisationen wurden 13 732 Mk. aufgebracht. Die Gesamtsumme der aufgewendeten Unterstützung für die Mitglieder betrug 311 486 Mk., das sind 45,5 Proz. der Gesamteinnahme. Der Verband verfügt über ein Vermögen von 293 373 Mk., darunter 49 204 Mk. in den Zahlstellen. Die Vermehrung des Kassenbestandes beträgt im Berichtsjahre 60 554 Mk.

In der Organisation sind seit dem 1. Oktober 1910 die Staffelsbeiträge eingeführt. Diese Neuordnung hat sich außerordentlich gut bewährt und es kann nun nach dem ersten Geschäftsjahre während des Bestehens der Staffelsbeiträge ein genauer Überblick gegeben werden. Von den 1 055 938 verkauften Beitragsmarken entfallen zu 25 Pfg. 108 875 gleich 15,88 Proz., zu 40 Pfg. 10 208 gleich 0,97 Prozent, zu 50 Pfg. 199 226 gleich 18,95 Proz., zu 60 Pfg. 460 348 gleich 43,75 Proz. und zu 75 Pfg. 217 605 gleich 20,45 Prozent. 16 808 Mitglieder bezahlen also die Beiträge in den beiden höchsten Staffeln. Ganz besonders erfreulich aber ist die Steigerung der 75-Pfg.-Beiträge; sie stieg von 13,6 Prozent im ersten Vierteljahr der Einführung auf 22,5 Prozent im letzten Quartal des Berichtsjahres empor. Dagegen ging die niedrigste Staffel für die männlichen Mitglieder (50 Pfg.) innerhalb dieser Zeit von 28,9 Proz. auf 17,4 Proz. des gesamten Markenumsatzes zurück. Damit ist bewiesen, daß sich die Einführung der Staffelsbeiträge — nach dem Verdienst bestimmt — gut bewährt hat und sich die Mitglieder freiwillig der höchsten Beitragsklasse anschließen, weil sie dann wiederum in den Genuss höherer Unterstützungen kommen.

Unter den sonstigen wichtigsten Vorgängen, die sich im vergangenen Jahre abspielten, ist noch die Fertigstellung einer Petition zur reichsgesetzlichen Regelung der sechstägigen Arbeitswoche für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien zu erwähnen. Die Eingabe des Verbandsvorstandes an den Reichstag wurde auf Antrag der Petitionskommission dem Reichsstatler als Material überwiesen, was nach dem bestehenden Gebrauch mit der Ablehnung der Petition gleichbedeutend ist. Die Forderung auf gesetzliche Regelung der sechstägigen Arbeitswoche für die Berufsangehörigen dürfte sicher schon in der nächsten Zeit wieder erhoben werden. Der Organisation ist es aber im Berichtsjahre gelungen, durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe mehr als 2000 in Bäckereien und Konditoreien Beschäftigten durch Abschluß von Tarifverträgen den wöchentlichen Arbeitstag zu sichern.

Dem Zentralverband war es möglich, nicht nur die Mitgliederzahl bedeutend zu vergrößern, sondern auch den Mitgliedern nennenswerte Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können. Diese Erfolge werden sicher auch die Abseitsstehenden zu der Erkenntnis bringen, daß auch sie in die Kampfreihen der gewerkschaftlichen Organisation hineingehören.

Soziales.

Der Kampf um die Sonntagruhe. Am 18. Januar beschloß der Jenaer Gemeinderat, die völlige Sonntagruhe für sämtliche Verkaufsgeschäfte einzuführen. Dieser Beschluß brachte den dortigen Rabattparverein auf die Beine, der am Mittwoch eine Protestversammlung abhielt. Da in dieser Versammlung den Freunden der Sonntagruhe aber jede Diskussion verweigert wurde, zogen diese nach einem andern Lokal und stellten der Stadtverordnetenversammlung ein Vertrauensvotum aus, während die Rabattparvereiner gegen den Stadtverordnetenbeschluß votierten und in einem Beschluß die Oberbehörde ersuchten, dem neuen Ortsstatut die Genehmigung zu verweigern.

Kein Hüfing. Das Heimlosmachen der Landarbeiter war nicht nur zur Zeit des Dichters Fritz Reuter in Mecklenburg im Schwange, sondern wird heute noch, auch in Preußen,

„Mit Gewalt konnte ich's ihm doch nicht nehmen.“ Der Leutnant machte eine Gebärde des Entsetzens.

„Haben Sie ihm denn nicht erklärt, was für Sie auf dem Spiele steht?“

„Freilich! Aber denken Sie, daß das auf das Marmorherz Eindruck gemacht hätte? Ausgelacht hat er mich. Mit seiner Karriere ist's sowieso aus, sagte er, das Geld wäre weggenommen. Zu retten bist Du doch nicht, denn das Wissefforenzen bestellst Du im ganzen Leben nicht. Kruppig, was! Und seine Frau ist doch die Schwester meines Vaters.“

Paul Schöler schüttelte seinen Kopf und brütete eine Weile vor sich hin. Blüßlich sprang er lebhaft auf.

„Kommen Sie!“ rief er, „wir müssen den Kerl, den Geldleihen ersuchen, einen neuen Wechsel auszustellen.“

Referendar von Boltenshagen rührte sich nicht.

„Ist umsonst!“ erwiderte er lakonisch. „War schon da, der Schurke will absolut nicht prolongieren.“

Der Leutnant stand wie vom Donner gerührt.

„Aber was wird nun?“ stotterte er ganz blaß.

Der Referendar schlug die Augen nieder vor dem in angstvoller Erwartung auf ihn gehefteten Blick.

„Sie müssen einmal mit Ihrem Herrn Vater reden“, meinte er kleinlaut.

Paul Schöler stieß einen Schrei der Enttäuschung aus. „Mit meinem —?“

Er wehrte mit beiden Händen ab.

„Wo denken Sie hin?“ sprudelte er empor. „Sie kennen meinen Vater nicht. Der würde nie mehr ein Wort mit mir reden. Und zahlen würde er doch nicht. Zwanzigtausend Mark, so auf einem Brett! Daran ist garnicht zu denken.“

„Sie irren, es sind dreißigttausend.“ verbesserte der Referendar mit ziemlicher Ruhe. Je mehr der andere in Aufregung und Hitze geriet, desto mehr machte sich sein ihm angeborenes Blödsinn geltend.

Der Leutnant starrte betroffen.

„Um so schlimmer!“ brauste er auf, um nach einer kleinen Weile, das Haupt auf die Brust senkend, kleinmütig fortzufahren: „Eine solche Summe! Mein Vater würde mir's nie verzeihen. Nichts hast er so sehr, wie Schuldenmachen.“

Der Referendar zuckte die Achseln. Seine Gemütsruhe aber schürte die Aufregung des jungen Offiziers nur noch mehr an.

(Fortsetzung folgt.)

wetter versucht. Wer unter den allen Landarbeitern im Verdacht steht, dem Gutsherrn oder der Ortsarmenbehörde zur Last zu fallen, wird belästigt abgehoben. Nicht immer gelang allerdings dies menschenfreundliche Verhalten vorläufiger Agrarier. Nachstehend ein Beispiel, wie es gemacht wird. Vormweg sei gesagt, daß in diesem Falle der Verdacht nicht unglücklich ist; allerdings lag dies lediglich an formalen Hindernissen. Erst bei der Einklagung des Kellners durch den Landarbeiter kam der Fall zu unserer Kenntnis. Der Kellner-Gutsbesitzer Erich Hecke in Hafensleher, Kr. Köslin, klagte am 9. März v. J. gegen einen Deputanten mit folgender Begründung: „Beklagter hat seinen Schwiegervater, einen Rentenempfänger bei sich als Scharwerker. Da letzterer am 18. März das Heimatsrecht in Hafensleher erlangen würde, ist dem Beklagten die Arbeit des Scharwerkers am 15. November 1910 zum 1. Januar 1911 gekündigt. Beklagter hat trotz wiederholter Aufforderung den Mann immer noch in seiner Behausung.“ Nebenbei sei bemerkt, daß der Gutsherr gar kein Recht hat, einen im Dienst eines Deputanten stehenden Scharwerkers zu entlassen. Aber die Zeit drängte. Der alte Rentenempfänger wurde ja in neun Tagen auf dem Gute heimatsberechtiget! Deshalb beantragte der menschenfreundliche Kellner-Gutsbesitzer: „Den Beklagten (seinen Deputanten) zu verurteilen, die auf dem Gute Hafensleher innehabende Deputantenwohnung nebst seinem Anhang sofort zu räumen. Da die Sache sehr eilt, bitte ich, die Einlassungsfrist auf 24 Stunden abzukürzen und einen möglichst nahen Termin anzuverleihen.“ Und was hat der agrarische Kläger zur Begründung seiner Klage anzuführen? „Die Klage wird gegen den Beklagten gerichtet, weil letzterer den Anforderungen der Gutsverwaltung nicht nachgekommen ist.“ Die „Anforderung“ der Gutsverwaltung bestand in dem Verlangen an den Deputanten, seinen alten Schwiegervater aus der Arbeit zu entlassen, ihn aus dem Hause zu stoßen, wo er bisher bei seinen Kindern Obdach und Brot hatte, ihn heimatslos zu machen. Selbst dem Gericht war offenbar die Begründung der Klage zu mittelalterlich; es setzte die Verhandlung auf den Tag fest, an welchem der Alte das „Heimatsrecht“ auf dem Rittergut erwarb, auf den 18. März. Nun hatte der Ritter Rechte natürlich kein Interesse mehr an der Sache. Er blieb beim Termin aus und seine Klage auf Austreibung der ganzen Familie wurde durch Verfallmangel abgewiesen. Das ist ein Auschnitt aus dem strahlenden Wilde vom patriarchalischen Verhältnis auf dem Lande. Er sei den agrarischen Schamschlägern gemeldet, die jahraus, jahrein im Parlament und in der Presse die abgestandene Lüge vom Wohlwollen ostelbischer Gutsherrn für ihre Landarbeiter vortragen.

KindereArbeit in Baden. Im Frühjahr 1911 wurden in ganz Baden 5479 erwerbstätige Schulkinder gezählt und im Spätjahr 5730. Gegenüber den Feststellungen aus dem Jahre 1910 beläuft sich die Zunahme der erwerbstätigen Kinder auf über 12 Prozent. Von den im Spätjahr gezählten Kindern sind 3512 im Gewerbe ihrer Eltern tätig und 2218 bei fremden Leuten. Unter ihnen befinden sich 2365 Mädchen. 178 Kinder sind noch nicht einmal 8 Jahre alt. 697 stehen im Alter zwischen 8 und 9 Jahren, 1688 in einem solchen zwischen 10 und 11, und 12 Jahre und älter sind 2867 Kinder. 1923 von diesen sind mit Austragen von Zeitungen beschäftigt, 521 Kinder tragen Milch aus und 872 verdienen sich ihren Hungerlohn mit Austragen von Backwaren. 1081 Kinder sind mit Austrägerdiensten verschiedenster Art belastet. Eine größere Zahl von Kindern sind in der Heimindustrie tätig. Der Bericht der Gewerbeinspektion vermerkt, daß in der Uhrenindustrie die ungesetzmäßige Kinderarbeit nicht abgenommen habe. „Da die meisten feinen Arbeiten von den kleinen Kinderhänden „geschickt“ verrichtet werden, zieht man zahlreiche Kinder, vom zartesten Alter an, zur Arbeit.“ Es wurden Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren bei der Arbeit angetroffen, denen meist sogar eine bestimmte Arbeitsmenge täglich vorgeschrieben wird. Eine Firma, die künstliche Blumen durch Hausarbeit herstellen läßt, fühlte sich durch die amtlichen Revisionen herart geschädigt, daß sie damit drohte, ihr Geschäft außer Landes verlegen zu wollen. Sie mußte nämlich auf die Beschäftigung eines großen Teils ihrer jugendlichen Arbeiter verzichten. Aus gleichen Gründen mag eine Firma, die Kinder mit Knopfaufnähen beschäftigte, gehandelt haben, als sie ihren Betrieb nach dem Rheinlande verlegte. In der Stuhlflöchterei wurden Kinder von 8 und 9 Jahren bei der Arbeit angetroffen und mit Einzelnen von Hürsten wurden 70 schulpflichtige Kinder, von denen viele noch nicht einmal 10 Jahre alt waren, ausfindig gemacht. Bei den Spätjahrshebungen wurden insgesamt 2286 Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz festgestellt. Es wurden 962 Kinder in unerlaubter Weise im Gewerbe ihrer Eltern beschäftigt und 1274 Kinder in gleichfalls unerlaubter Art in fremden Geschäften. Über die Schäden der Kinderarbeit brauchen wir hier nichts zu bemerken. Sie sind in Baden genau wie anderwärts gleich groß und zwar oft derart, daß sich die Lehrer wiederholt um Einstellung bezw. Einschränkung der Arbeit bemühen mußten.

Mit 14 Jahren Lebemann!

Mit heuchlerischem Augenaufschlag spricht man jetzt in der sogenannten guten Gesellschaft mehr als je von der Notwendigkeit, die Jugend des Volkes vor Entfittlichung und Verrohung schützen zu müssen. Wir haben schon zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Plänen mehr um den Jugendfang zu politischen Zwecken handelt, als um wahre, selbstlose Jugendfürsorge. Die Arbeiterjugend ist an sich weder roher noch unfittlicher, als der Nachwuchs der „besseren“ Gesellschaftsschichten und das gewaltige Anschwellen und die innerliche Erstarrung der Arbeiterbewegung ist das beste und sicherste Mittel, dessen sich die Arbeiterklasse bedienen kann, um die vielen gesellschaftlichen Mängel, die heute noch bei der Erziehung der Arbeiterjugend eine so schädigende Wirkung ausüben, zu beseitigen. Jedenfalls sind wir jetzt auch in Bezug auf die Jugendbildung in rüstigen Vormarsch begriffen und die bürgerliche Klasse hat deswegen nicht die geringste Ursache, verächtlich oder auch bedauernd auf den proletarischen Nachwuchs herabzusehen. Dies um so weniger, als gerade die besitzenden Schichten häufig bei der Erziehung ihrer Kinder jede pädagogische Einsicht vermissen lassen. Oder wäre sonst ein so ungeheurer Fall möglich, wie er in der vorigen Woche das Jugendgericht in Dresden beschäftigte? Der jetzt 16jährige Leopold Dörting war des Giftmordverdachts an seinen eigenen Eltern angeklagt. Die Verhandlung zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, was für Folgen es hat, wenn Eltern, durch Affenliebe verblendet, den Neigungen des Kindes schrankenlos die Zügel schießen lassen.

Die Eltern lebten früher in guten Verhältnissen. Ihrem „Leo“ erfüllten sie alle, auch die tollsten Wünsche, verzogen ihn, trotzdem er sie belog und betrog. Als dem Jungen eine Erbschaft von 12000 Mk. zufiel, deren Auserziehung der Vater hatte, wurde es noch schlimmer. Die Eltern mußten ihren „Leo“ aus dem Blasewitzer Realgymnasium herausnehmen und in eine Privatschule schicken, weil

er die Bank der Quinta der ersten Instanz „erst“ drei Jahre drückte. Und jetzt spielte Leo den Lebemann. Er fuhr Auto, besuchte Theater und Kabarett, unterhielt ein Verhältnis mit einer Schauspielerin, für die er damals vierzehnjährige, von seiner Mutter begleitete (?), Brillanten für 800 Mk. kaufte, und immer wieder machten die Eltern, obwohl der Vater bereits den Offenbarungseid geleistet, Geld für ihren Leo flüssig. Dafür beschwindelte sie dieser, indem er vorgab, er habe die in der Luft zum Stehen zu bringende Flugmaschine erfunden, Stahl das Silber und verkaufte es um. Der Flugmaschine wegen machte er Reisen nach Berlin, fuhr nach Wien und Monte Carlo. In Wien wurde er wegen Hochprellerei verhaftet, aber wieder „ausgelöst“, auch aus Monte Carlo mußte er „ausgelöst“ werden. Immer erkaufte er neue Schmiedeleien, durchweg ein Geld brauchte, und immer wieder glaubten ihm die Eltern, trotzdem er schon damals den Plan faßte, wegen der 12000 Mark seine Eltern beiseite zu schaffen. — Am 31. Oktober 1910 wollte er „die Sache“ machen. Er nahm die Flasche mit Salzsäure, die zum Putzen diente, ging ins Speisezimmer und schüttete sie in die bereits mit Her geschenken Gläser der Eltern. Aber das Dienstmädchen hatte Verdacht geschöpft. Während „Leo“ die im Obergeschloß befindlichen Eltern höchst vergnügt zum Abendbrot holte, gab das Mädchen das vergiftete Bier weg, schwenkte die Gläser aus und füllte sie wieder. Als das Mädchen dem Jungen, als er wieder einmal von Berlin zurückkam, diese Handlung vorhielt, wunderte er sich, daß nichts passiert sei. Und als die „Mutter“ die „Herrin“ von dem Vorfall in Kenntnis setzte, band ihre diese aus Verzweiflung das Geheimnis mit ins Grab zu nehmen. Währenddem aber die „Herrschaften“ für ihren „Leo“ alles hergaben, sogar Geld überall flüssig machten, mußte das Mädchen seinen Dienst verlassen, weil es nicht seine 98 Mk. rückständigen Lohn bekommen konnte! Erst so kam die ganze Sache ans Tageslicht. Schon einmal kam der Angeklagte wegen einer Hochprellerei auf der Hygiene-Ausstellung und wegen des Giftmordverdachts vor Gericht. Er wurde aber zur Untersuchung seines Geisteszustandes auf dem Sonnenstein interniert. In der diesmaligen Verhandlung hatte der Vater des Angeklagten die „Anständigkeit“, in einem Schriftstück den Verdacht, die Salzsäure in das Bier geschüttet zu haben, auf das Dienstmädchen abzuladen. (1) Er hatte aber kein Glück damit. Das Mädchen wurde sehr gut beleumundet, während die „Herrschaften“ nebst ihrem „Leo“ kaum die über sie zur Kenntnis gebrachten Zeugenaussagen hinter den Spiegel stecken werden. Der Obermedizinalrat Niberg vom Sonnenstein gab sein Gutachten ab, daß der Angeklagte ein physisch und körperlich entarteter Mensch, erblich belastet, durch schlechte Lektüre und Erziehung noch mehr verdorben und hochgradig hysterisch sei. Die inkriminierte Handlung habe er in einem krankhaften Zustand, der die freie Willensbestimmung ausschließt (1), verübt. Gerichtsart Dr. Butter schloß sich diesem Gutachten an. Darum wurde der Angeklagte denn auch — trotzdem der Mordverdacht erwiesen — dem Antrage des Verteidigers gemäß auf Grund von § 51 (Unzurechnungsfähigkeit) freigesprochen. Das Gericht stellt ihn aber dem Fürsorgeamt zur Verfügung.

Es liegt uns fern, diesen Fall ohne weiteres verallgemeinern zu wollen. Aber er zeigt doch, welche Vermögensmöglichkeiten die Kinder der „besseren“ Gesellschaft schon in jungen Jahren locken. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit auch daran, daß vor gar nicht langer Zeit in einer Verhandlung vor dem Berliner Jugendgericht festgestellt wurde, daß ein junger Mensch von seinen Eltern monatlich 2000 Mk. Taschengeld erhielt. In solche Situationen können Proletarierkinder nicht hineinommen. Bei ihnen ist es meist Not und Elend, welche die Jugendlichen zu Verfehlungen treiben. Freilich finden sie nicht immer so verständnisvolle Richter. Im Gegenteil haben wir häufig die Beobachtung machen müssen, daß bei Proletarierkindern nicht immer derartig die gesellschaftlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Ob es jetzt, nach diesem trassen Fall, besser wird?

Oldenburger Landtag.

In der Plenarsitzung vom Mittwoch verhandelte der Landtag über den Entwurf einer Gemeindeordnung für das Fürstentum Lüneburg. Am 11. März ist wesentlich nur die Frage der Verteilung der Lasten für die Unterhaltung der Chauffeen und Wege, die Pfandverteilung für die Art der Unterhaltung und der Versuch des Ausschusses, das Verwaltungsstreitverfahren zu erweitern. Der vorliegende Entwurf entspricht im wesentlichen den Anträgen des Provinzialausschusses. Zur Frage der Aufbringung der Mittel für die Unterhaltung war von unseren Genossen der Antrag gestellt, die Einkommen bis zu 900 Mk. frei zu lassen, bis 1200 Mark mit einem Viertel, von 1200—1500 Mk. zur Hälfte, von 1500—1900 Mk. zu zwei Dritteln, und erst von über 1900 Mark Einkommen mit dem vollen Betrag zur Steuer heranzuziehen. Während Abg. Steenbock (Lib.) die Ansicht vertrat, die Entlastung der unteren Steuerstufen bei der Änderung des Einkommensteuergesetzes durchzuführen, suchten unsere Genossen schon jetzt diese Entlastung zu erreichen. Die von unseren Genossen gestellten Anträge wurden aber abgelehnt. Ähnlich erging es dem Antrag auf Aufhebung des Rechts der Gemeinden über die Pfandverteilung. Angenommen wurde dagegen der Ausschufantrag auf Erweiterung des Verwaltungsstreitverfahrens.

Erwidert wurde dann der Entwurf eines Gesetzes betr. die Änderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Lüneburg. Abg. Dull (Soz.) erkennt an, daß der vorgelegte Entwurf einige Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand enthalte, es aber richtiger sei, eine Reform unserer Gemeindeordnung durchzuführen. Nach dem Entwurf soll es ermöglicht werden, ähnlich wie im Herzogtum Städte zweiter Klasse zu bilden, in einigen Punkten eine Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen und so vernachlässigte Kruppelfürsorge seitens des Landesverbandes zu regeln, ohne daß diese Unterstützung als Armenunterstützung angerechnet wird.

Das Gesetz wird mit einigen Änderungen nach den Anträgen der Regierung angenommen. Zu einer Meinungsverschiedenheit kam es nur über die Frage, ob neben dem Schulvorstand auch dem Lehrer das Recht der Wählbarkeit als Gemeindevertreter gegeben werden soll. Die Mehrheit des Landtags, Liberale und Sozialdemokraten, sind für die Wählbarkeit, während die Rechte und die Regierung die dahin gestellten Anträge bekämpft und der Staatsminister das Gesetz für unannehmbar mit der Wählbarkeit der Lehrer erklärt, da es nicht angehe, den Lehrern eine Ausnahmestellung einzuräumen, wo doch alle übrigen Gemeindebeamten nicht wählbar sind. Die Anträge der Mehrheit des Ausschusses wurden jedoch angenommen.

Eine lange Debatte verursachte die Regelung der gesetzlichen Bestimmung zur Ausführung des Reichs-

Leuchengesetzes, wozu ein Antrag Langen (Lib.) gestellt war auf Schaffung eines Reichsfonds zur Entschädigung der Viehhalter bei notwendig werdenden Zwangsabschlachtungen. Die Maßnahmen der Regierung über die Art der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wurden vielfach als unzumutbar erklärt. Alle Parteien erklärten sich einig in der Notwendigkeit, alles zu tun, was geeignet sei, die Seuche so wirksam als nur möglich zu bekämpfen. Das Gesetz wird einstimmig angenommen und der Antrag Langen der Regierung zur Prüfung überwiesen, wogegen jedoch das Zentrum stimmte.

Aus Nah und Fern.

Sozialistisches Klosett-papier. In einer Königsberger Zeitung befand sich dieser Tage folgendes Inserat:

Matulaturpapier

aus deutschen Zeitungen, frei von sozialdemokratischem Inhalt, zu Klosett-zwecken geeignet, wird in Mengen von 50 Kilogramm aufwärts freihändig aufgekauft.

Angebote sind möglichst umgehend einzufenden.

Garnisonverwaltung Königsberg
i. B.

Die bürgerliche Presse wird nicht gerade sehr enttäuscht sein von dieser Einschätzung, aber ihr Wert ist von der Garnisonverwaltung richtig erkannt worden. Diese ist davon überzeugt, daß sozialdemokratische Zeitungen gelesen und weitergegeben werden, daß aber die bürgerlichen Blätter nur ihren Beruf erfüllen als — Klosett-papier.

Drei Knaben ertrunken. In Breslau brachen gestern nachmittags drei Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren auf dem Eise der Oder zwischen der Kaiser- und Zessingbrücke ein und gerieten unter die Eisdecke; sie ertranken. Ein Mann, der sofort Rettungsversuche unternahm, brach ebenfalls ein und konnte nur mit Mühe gerettet werden.

Ein Kind verbrannt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in Königsberg zugetragen. In Abwesenheit der Mutter fingen die Kleider eines sechsjährigen Mädchens, das sich dem offenen Feuer zu sehr genähert hatte, Feuer, und im Augenblick stand das Kind in hellen Flammen. Als die Mutter nach Hause zurückkehrte, fand sie die verkohlte Leiche ihres Töchterchens vor.

Auto-Unglück. Die Frau des Amtsrichters Dirschfeld in Spandau wollte mit einem Automobil von Berlin, wo sie Einkäufe besorgt hatte, nach Spandau zurückkehren. Als der Chauffeur einem Hund ausweichen wollte, fuhr das Automobil gegen einen Baum und stürzte um. Frau Dirschfeld erlitt eine schwere Schädelverletzung und starb unter den Händen der Ärzte.

Tragischer Tod eines Brautpaares. Auf dem Wege zur Kirche nach Gzianzen, Kreis Bresten, rannte der Wagen einer Hochzeitsgesellschaft aus Szamaucemo infolge von Trunkenheit des Kutshers an einer Weggabelung an einen Chauffeeisen. Die Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert; vier Personen, darunter das Brautpaar, fanden auf der Stelle den Tod. Die übrigen Insassen erlitten Arms- und Beinbrüche; nur der Kutsher, der das Unglück verschuldet hatte, blieb unverletzt.

Humor im Reichstag. Der Reichstag hat seine Lokette für die dreizehnte Legislaturperiode beendet. Das Ballot-Haus öffnete seine Pforten den neuen Männern. . . . Mit den neuen Männern auch der alte Reichstags-Humor wieder eingezogen, ohne den das ernste Leben und die wenig heitere Politik unerträglich wären? Jener echte, beste, unfreiwillige Humor, von dem selbst die Großen und Berühmtheiten eines Parlaments nicht verschont bleiben? Ist es doch sogar einem Grafen Pobjadowsky, als er noch Schatzkanzler war, in einer Reichstagsrede passiert, daß er Werters Worte dem Dichter Schiller zuschob. Und wer wird den Abgeordneten Lattmann von der Wirtschaftlichen Vereinigung ersehen, der einmal bei der Reichsfinanzreform einem Staatssekretär die rückgratlose, anstatt die rüchhaltige Zustimmung seiner Freunde darbrachte? Minutenlang wälzte man sich damals vor Lachen; denn solche Entgleisungen lösen die größte „Schadenfreude“, also nach Schopenhauer die reinste Freude aus. Als es noch keine Diäten gab und das Menum deshalb meist beschlußunfähig war, stellten die Präsidenten auf recht originelle Weise fest, wieviel Abgeordnete im Hause waren. Man konnte nicht den kleinsten Schlufantrag riskieren, ohne fürchten zu müssen, daß die erbotenen Redner, denen das Wort abgeschnitten werden sollte, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln. Um nun einen Überblick über die anwesende Mannschaft zu haben, schickte der nach Schluß der Debatte lehrende Präsident einen Diener nach der Garderobe, um — die Hüte zählen zu lassen. Wenn mehr als zweihundert Kopfbedeckungen dort hingen, so war das Haus beschlußfähig. Eine klassische Methode. Aber die Opposition kam bald auf diesen Trick und ließ einige Dugend alte Hüte auf den Plätzen der fehlenden verteilen. Das machte natürlich jede Kontrolle unmöglich. Häufigen Stoff zur Heiterkeit liefern Abgeordnete, die beim Klingelalarm zur Abstimmung heraneilen (der eine noch am Mittagrot würgend, der andre aus den Händen des Barbiers, ein dritter vom stillen Sofa nieder), aus Versehen falsch abstimmen und nun beginnen, sich die Haare darüber auszuraufen. Es ist sogar schon vorgekommen, daß eine ganze Fraktion falsch abstimmte, nämlich die Polen; die einmütig Mann für Mann der ihnen gewiß gründlich unsympathischen Ostmarkenzugabe zustimmten und sie so zur Annahme brachten. Sehr bequem für die Journalisten-tribüne, aber nicht ungefährlich ist es, wenn ein Redner alljährlich dieselbe Rede hält. Ein altes Zentrumsmittglied, Herr Ringens sprach jahrelang über die Sonntagsruhe. Doch einmal ließ er sein Steckmesser im Stille stehen und verlangte ein neues Possigebäude für seinen Wahlkreis. „Oben“, wo man den Herrn schon kannte, ließ man ihn ruhig wieder über die Sonntagsruhe sprechen, denn er war, wie immer, schlecht verständlich. Bei nächster Gelegenheit rief der Alte in seiner Rede zur Tribüne hinauf: „Auch heute spreche ich nicht über die Sonntagsruhe!“ Aber der Hausknecht wollte es, daß gerade das „nicht“ von der allgemeinen Unruhe verschluckt wurde. Man hörte nur das Wort „Sonntagsruhe“. Während setzten die Berichterstatter die Feder an und schrieben alle: „Abgeordneter Sombis spricht über die Sonntagsruhe.“ Sehr viele Redner sind auf der Journalisten-tribüne schlecht zu verstehen. Daher so manches Mißverständnis. Kluge Parlamentarier gewähren nach ihrer Rede den Journalisten Unterredungen und geben genaue Auskunft. Leider haben die meisten Abgeordneten immer noch nicht die richtige Kenntnis und Vorstellung vom Wesen und der Technik der Presse, besonders nicht die Herren der Rechten, die sich mit „Zeitungsschreiberei“ nicht abgeben, während auf der Linken bereits mancher den Journalisten kräftig Konkurrenz macht. Jedenfalls werden notorische „Schwäger“ von der Presse-tribüne stets sehr schlecht behandelt. Während die amtlichen Stenographen unten getreulich jedes Wort zu Papier bringen und zum Redner betheiden

aufblicken, als wollten sie sagen: „Rede Herr, dein Knecht hört“, wünscht mancher oben ergrimmt: „Rede, Knecht, dein Herr hört und schreibt — ein Stimmungsbild!“

Großes Brandunglück. In Gelsen bei Sanktbed brannte ein großer Bauernhof nieder. Der Bruder des Besitzers ist in den Flammen umgekommen. 3 Pferde, 21 Kühe, 41 Schweine und viel Geflügel sind verbrannt.

Ein irrsinniger Apotheker als Gattenmörder. Eine furchtbare Familientragödie hat sich in der Nacht zum Mittwoch in Stuttgart abgepielt. Der 35 Jahre alte Apotheker Adolf Mehl erschoss in einem Anfall von geistiger Unmachtung seine Frau und nahm dann Gift. Er wurde schwerverletzt in das Bürgerhospital gebracht. Mehl war in der Öffentlichkeit und namentlich in Luftschifferkreisen eine sehr bekannte Persönlichkeit. In letzter Zeit litt Mehl an schweren Gemüthsstörungen, die sich jetzt zur völligen geistigen Unmachtung steigerten. Er verübte die Bluttat indem er, an dem Rand des Bettes seiner Frau sitzend, sie umarmte und von hinten fünf Revolverkugeln auf sie abfeuerte. Dann verließ er das Zimmer der Frau und nahm eine größere Dosis Opium zu sich. Der hinzugezogene Arzt fand die Frau tot auf. Das Bettzeug war, da die Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden waren, in Brand geraten. Der Mann wurde ins Krankenhaus gebracht, dürfte aber kaum mit dem Leben davonkommen.

Meutende französische Militärgefangene. Aus Grenoble wird gemeldet: Im Militärgefängnis zu Barraug brach Dienstag abend unter den Strafgefangenen eine Meuterei aus, die schon seit längerer Zeit von den Sträflingen vorbereitet war. Die Gefangenen versuchten, das Gefängnis niederzubrennen, indem sie ihre Betten in Brand steckten. Sie schlugen dann die Türen ihrer Zellen ein, überfielen die Wärter und versuchten, aus dem Gefängnis zu entkommen. Der Fluchtplan mißlang aber, da die Tore des Gefängnisses geschlossen waren. Es wurden Truppen requiriert, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Meuterer veranstalteten einen regelrechten Kampf gegen die einschreitenden Soldaten und verwundeten einen Hauptmann durch Revolverkugeln. Schließlich gelang es den Truppen, die Meuterer festzunehmen. Die Rädelsführer wurden in Ketten gelegt.

Schadenersatz wegen verminderter Aussicht auf Heirat. Der Hannoverische „Volkswille“ berichtet über folgenden interessanten Fall: Beim Spielen auf dem Hofe einer Pflanzanlage kam die dreijährige Gertrud Sch., die dieser Anstalt zur Verwahrung übergeben war, einem an der Kette liegenden Hofhund zu nahe. Dieser biss das Kind in die Backe, wodurch eine dauernde Narbe entstand. Ihr Vormund verklagte die Pflanzanlage nicht nur auf Zahlung der Arztkosten und eines Schmerzensgeldes, sondern verlangte außerdem 5000 Mk. aus dem Grunde, weil seinem Mündel durch die Entstellung des Gesichtes das spätere Fortkommen behindert und ihr, die ein sehr niedliches Kind sei, die Aussicht auf Verheiratung sehr erschwert werde. — Landgericht Osnabrück und Oberlandesgericht Celle erkannten den Klageanspruch dem Grunde nach als gerechtfertigt an; letzteres war der Ansicht, die Wahrscheinlichkeit läge vor, daß die Narbe auch im Laufe der Jahre nicht ganz verschwinden würde. Narben auf der Wange entstellten aber ein junges Mädchen, ließen sie für viele ein gutes Aussehen erfordernde Beschäftigungen wenig geeignet erscheinen und minderten die Aussichten, sich zu verheiraten. Die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Entstellung genüge aber schon, um den Anspruch der Klägerin gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Um die Höhe des Anspruchs festzustellen, sei die Sache an die Borntina zurückzuverweisen. — Das Landgericht Osnabrück sprach ihr darauf als Entschädigung für die Entstellung 2500 Mk. und als Schmerzensgeld 300 Mk. zu. Es bemerkte noch, die Entstellung sei für die Klägerin um so schwerwiegender, weil sie im übrigen gut aussehe und die Entstellung daher um so erschwerend wirke, mehr als bei einem von Natur häßlichen Mädchen.

Schwäffer auf der Rhodenschalbinsel. Aus Süde spanien werden große Überschwemmungen gemeldet. In Sevilla und Cordoba ist der Guadalquivir über die Ufer getreten; mehrere Stadtviertel stehen unter Wasser. Der angedrohte Schaden ist beträchtlich. — Aus Santarem (Portugal) wird gemeldet: Infolge heftiger

Negativität ist der Lago so stark angeschwollen, daß das Hochwasser alle früheren Hochfluten zu übersteigen droht. Zahlreiche Ortshäuser, die abgebrochen sind, bittet um Lebensmittel. Im Santarem reicht das Wasser an manchen Stellen bis an das erste Stockwerk der Häuser. Die Kirchhofsmauer ist eingestürzt, die Gräber sind verwüetet und Särge sowie Gebeine der Leichen liegen verstreut im Schlamm. Der Verkehr auf den Landstraßen wird durch Trümmer aller Art gehemmt.

Im Boot ertrunken. Bei Salsby in der Nähe von Stegach an der Küste von Lincolnshire strandete ein Ruderboot, in dem zwei Männer saßen. Fischer und Strandbewohner eilten herbei und wunderten sich, daß die beiden fremden Bootleute, ohne sich zu rühren, sitzen blieben und auch auf Zurufe nicht antworteten. Als einige Neugierige durch das leichte Wasser bis zu dem Boot waten, fanden sie, wie aus London berichtet wird, daß dessen Insassen auf ihren Sitzen festgefroren und tot waren. Sie wurden später als Kapitän Hunter und ein Matrose von dem Rüstendampfer „Gertrud“ identifiziert, der auf der Reise von Weymouth nach Hull untergegangen zu sein scheint.

Aus dem russischen Camp. Wieder einmal hat sich ein hoher russischer Polizeibeamter in dem weltmächtigen Neze des russischen Gelezes gefangen. In würdiger Nachahmung der Geste der russischen Bureauratte hat der Chef der Staatspolizei in Kiew, Oberst Kuljako, bedeutende Summen unterschlagen. Die Veruntreuungen wurden von ihm begangen an Geldern, die zur Organisation des Sicherheitsdienstes gelegentlich des Jarenbesuches in Kiew im August vorigen Jahres ausgeworfen wurden. Bekanntlich erlitten die Festtage eine unangenehme Störung durch das Attentat auf den Wintker Stolytin. Oberst Kuljako wurde verhaftet und wird zur Aburteilung nach Petersburg übergeführt. Wer ist der nächste?

Die Donaueschinger Fische. Der „Kladderatsch“ bringt folgende hübschen Scherz: „Seltsame Enthüllungen über die Fuchsjaden des Kaisers bei dem Fräulein Egon von Fürstenberg gingen vor einigen Tagen durch die Presse. Anknüpfend an die höchst erstaunlichen und jeden weidgerechten Jäger Sankti Huberti in Verwunderung legenden Jagdergebnisse seiner Majestät, die ein halbes Hundert Fische pro Tag betrogen, berichteten indiscrete Blätter, daß der Herr von Donaueschingen im Interesse seines Allerschönsten Jagdgrundes eine Art von „Corriger la fortune“ in Anwendung bringe. Lange Monate vor jeder Jagd wurden nämlich Hunderte von Exemplaren der Gattung Canis vulpes gefangen, in Käfige gesperrt und mit den schönsten Delikatessen, die ein Fuchsherz erfreuen können, gefüttert. Dadurch wurde diesen sonst so menschlichen Räubern jede Furcht vor dem Homo sapiens genommen, und sie ließen sich, am Tage der Jagd in das Revier gesetzt, mit einer Art von lebenswürdigem Entgegenkommen, das wohl aus dem Gefühl der Dankbarkeit für die genossenen Pensionsfreuden hervorging, duldend niederfallen. — Wir sind in der Lage, noch mehr verraten zu können: Die klugen Fische werden von dem ebenso schlauen Fräulein Egon so prächtig dressiert, daß sie auf jeden Knall der Allerschönsten Blicke sofort zu Boden fallen und den „Mausestoten“ markieren. Ruhig lassen sie sich dann zur Strecke tragen und liegen dort höchst artig, bis die photographische Aufnahme in aller Form gemacht ist. Und erst nach der Abreise des kaiserlichen Gastes erheben sie sich und laufen frei und munter in ihre Behausung zurück. Es soll in Donaueschingen alte Fuchsveteranen geben, die schon fünfzigmal zur Strecke gebracht sind!“

Neue Nachrichten. Wegen umfangreicher Betrügereien ist der Chef der Berliner Zuckerhandelsunion, der 38 Jahre alte Kaufmann Erwin Ohland, von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Ohland hat durch gefälschte Kaufverträge mehrere Zuckerhändler um insgesamt 100 000 Mk. geschädigt. Er wird heute dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt werden. — Die Schneidemühlener Strafkammer verurteilte wegen schwerer Einbruchsdelikte in verschiedenen Städten den bekannten Einbrecher Fleischesser zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und seinen Komplizen Schwirz zu 5 Jahren Zuchthaus. — Die Stadtverordnetenversammlung von Danzig beschloß mit 89 gegen 8 Stimmen die

Errichtung eines städtischen Krematoriums. — Aus Bourg, Departement Ain, wird gemeldet: Der zwölfjährige Knabe Gallet feuerte in der Kirche zu Drullat während des Kathismus-Interims einen Revolver schuß gegen die gleichaltrige Nichte des Pfarrers ab, die den Verletzungen erlegen ist. — Im Laufe der vorgestrigen Tages ereigneten sich in England drei Eisenbahnkatastrophen. Die eine bei Neton, wobei 3 Personen verletzt wurden. Die Lokomotive und 6 Wagen entgleisten und wurden vollständig zertrümmert. Der zweite Eisenbahnunfall wurde aus Westlaw gemeldet, wo ebenfalls 3 Personen Verletzungen erlitten. Der dritte Unfall fand bei Woolwich statt. Er war der schwerste. 15 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Genossenschaftsbewegung.

Das Versicherungswesen der deutschen Konsumvereine. Bereits seit längerer Zeit hat die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Versicherungsabteilung, die vor Jahresfrist erweitert wurde. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird nun darüber Bericht erstattet, wie die Abteilung im letzten Jahre gearbeitet hat. Durch die fachmännische Vertretung der Konsumvereinsinteressen gegenüber den Versicherungsgesellschaften ist es möglich gewesen, Bräutenermäßigungen, hohe Rabatte und gute Provisionen herauszuholen. Aber nicht nur das! Die Konsumvereine stehen jetzt ihren Versicherungsgesellschaften ganz anders gegenüber. Im Schadensfälle werden ihre Interessen durch einen Sachmann vertreten, dem die Gesellschaften nichts weismachen können und bei dem sie auch ganz andere Rücksichten nehmen müssen wie bei dem Vertreter eines einzelnen versicherten Vereins, denn sie müssen jetzt damit rechnen, daß sie, sobald sie sich inkulanz zeigen, nicht nur den einen Versicherer, sondern hundert verlieren, und das magt so leicht keine Gesellschaft. Bei der Haftpflicht- und Unfallversicherung war es, da es sich um ein sehr großes Objekt handelt, ebenfalls möglich, günstigere Bedingungen zu erzielen. Ferner wurden von der Versicherungsabteilung die Vorarbeiten für eine konsumgenossenschaftliche Pferdeversicherungsgilde erledigt, die die Pferdeversicherung der deutschen Konsumvereine betreiben wird. Da die Konsumvereine ihre Pferde gut halten und nicht anstrengen, wird es dieser Gilde möglich sein, viel billiger zu arbeiten als die Versicherungsgesellschaften, die viele sehr schlechte Risiken haben. Es ist der Versicherungsabteilung möglich gewesen, einen recht erheblichen Provisionsergebnis zu erzielen, der im anderen Falle der Genossenschaftsbewegung verlorengegangen wäre. Jetzt stehen diese Gelder für allgemeine Genossenschaftszwecke zur Verfügung und dienen insbesondere dazu, die juristische Abteilung im Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu unterhalten.

Qualitung.
Für den Wahlfonds gingen ein:
Citoyen 20.— Mk.
Das Parteisekretariat.
Aus den Witzblättern.
Unter Aerzten. U.: „Höchst bedauerlich sind doch diese Massenerkrankungen in Berlin.“ — U.: „Noch bedauerlicher, daß man es wahrscheinlich mit einer ganz neuen Epidemie zu tun hat.“ — U.: „Und am allerbedauerlichsten, daß wir für diese neue Epidemie nicht einmal einen neuen Namen gefunden haben.“
Trost. „Denke dir, der junge Ingenieur, mit dem ich einmal verlobt war, hat jetzt schon die dritte Frau! — Na, da hast du ja Aussicht, auch noch dranzukommen!“
Natürliche Sache. „Das geschieht mir ganz recht, daß ich als Kongoneger gegangen bin!“ — „Warum denn?“ — „Eben ist mir mein Überzieher ausgetauscht worden!“
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sum 1. April kleine Wohnung zu vermieten. Preis 135 Mk. Baußstraße 15a.

Abgeschlossene Zwei-Zimmer-Wohnung zu vermieten Wafenismauer 23, I.

Eleg. Damen-Maskenkostüme zu vermieten Wehloffstraße 1, I. Tischlerwerkzeug zu verkauf. Wiedelstraße 19, III.

Ein flotter Damen-Maskenanzug (Marine-Admiral) ist für 4 Mk. zu verkaufen. Kanalstraße 6, II. bei der Burgorterrasse.

Ludwig Prösch, Buchbinderei untere Glockengießerstraße 73 empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

 <p>Beim Einkauf von Margarine fordern Sie nur die echte Marke! „Sieglerin“ „Palmab“ „Mohra“</p>	<p>Erscheint dreimal wöchentlich Bezugsquellen-Verzeichnis Den Lesern bei Einkäufen aufs beste empfohlen</p>	<p>Billigste Bezugsquelle für Ölen, Kerse, Gaskoher, Grudeolen Adolf Borgfeldt Femruf 672, Mühlenstr. 38 und 40.</p>
<p>Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Pein, an Markt. Rudolph Karstadt, Entin. K. Quitzau, Schwartzau, Markt 14</p>	<p>Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 73 Kieler Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 95, Fernspr. 1274</p>	<p>Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 18 Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 83. Schreibwaren Lübeck. Aug. Burmeister, Fackelnb. Allee 48. M. Maxein Wwe., Moisling Allee 40a. Lisa Paulsen, Speck. Briefmarken.</p>
<p>Art. z. Krankengepf. F. W. Heyde, Königsstr. 83</p>	<p>Bäckereien Paul Burmeister, Lübeck, L. Lütjeb. 49 J. Eixmann, Dampf-B. u. Kondit. Fischergrube 47. H. Jargstorff, Warendorferstr. 36. R. Kasch, Fleischerstr. 22, Fein-Weiß- u. Großbäckerei Wilh. Krahn, Fackelnb. Allee 77a Ad. Hinzemann, Schulst. 23, Feines Schwarz- u. Weißbrot B. Plath, Lübeckstr. 2, W. Steinhoff, Travemünde.</p>	<p>Manufakturwaren Johann Dittmer, Drogeel. 12a Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst. Hamb. Engros-Lager, Schwartzau K. Quitzau, Schwartzau, Marktstr. 14.</p>
<p>Bier u. Sarg-Tag. Central-Gründungsanstalt A. Brodersen, Lütjenb. 17, Tel. 1020 L. Harnburg, Pastorstr. 15, Särge in allen Preislagen C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 78, Übereg. großer Bestand Eigenes Leichen-u. Totengestöbe F. Vahl, Lübeck, Schwarzw. Allee 163 L. Vahl, Läger-Lagerstr. 3 L. Heydt, Reinsfeld, Gr. Lagerstr. 10, Holz- und Metallwaren</p>	<p>Brennmaterialien H. Schütt, Augustenstr. 14/14a. L. Wollbrandt, Rosenarten 10.</p>	<p>Möbelmagazine Hintze & Steeb, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperin, Mühlenstr. 47, Wohnungseinrichtn. z. billigen Pr.</p>
<p>Beschlagnahmen H. Fasch, Gr. Götterstraße 14 Hansa, J. Dettmann, Beckerg. 21 L. Meyer, Warendorferstr. 2, Fackelnb. 2.</p>	<p>Butter-, Käsehdgn. Luda Hartwig, Ob Trave 8 U. Philipp, Fackelnb. Allee 90, Tägl. beste Tafelbutter W. Rosten, Häustr. 21 J. Semrau, Häustr.</p>	<p>Molkereiprodukte Hansa-Meierei (u. d. Amme Lübeck's) liefert die besten Milchprodukten aller Art.</p>
<p>Farben u. Lacke J. Reuber, Dornerstr. 29. W. Hohenschild, Markt 42, P. 73. Ferd. Kayser, Breitestr. 61. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.</p>	<p>Farben u. Lacke J. Reuber, Dornerstr. 29. W. Hohenschild, Markt 42, P. 73. Ferd. Kayser, Breitestr. 61. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.</p>	<p>Meiereien Meierei Rensfeld Inh. Paul Rickert, Vortheilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartzau Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144, Milch und Molkereiprodukte</p>
<p>Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elbwigstr. 1a Prima Fleisch und Wurstwaren Car Gipp, Moisling Allee 4 Gottlieb, Göttingb. Gerl Joost, Beckerg. 30 C. E. P. Pflaß, Pflaßstr. 14 W. Lemcke, An der Mauer 41a. F. Möckel, Kopierschneidestr. 68 Wilh. Pöten, Beckerg. 12, Wurst- u. Fleisch- u. Wurstw. J. Schöber, Gr. Burgstr. 53 Gust. Zach, Kottwitzstr. 12 L. Köhler, Oldestoe, Brunnenstr. 2 L. Köhler, Pa. Fleisch- u. Wurstw.</p>	<p>Frisure, Parfüm. Johs. Kähn, Ratzebg. Allee 42a. Galant-, Spielwar. C. Bliessath Wwe., Sandstr. 9. Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwagsgrube. Haus- u. Küchengesch. Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb. Allee 34 Paul Reber, Tunkenhagen 5 E. Winkelmann Nachf., Entin. Louis Rathmann, Schwartzau. Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drogeel. 12a. Rudolph Karstadt, Entin. Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9 Aug. Trost & Sohn, Hofstr. 24. Kino-Salon Biophon-Theater Breitestr. 52, Vornehmstes am Platze. Vollendete Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr. Kolonial-, Fettwar. Fedor J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Bredde, Dankwagsstr. 71. Reinh. Büsen, Ammstr. 1a. Heinr. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Ob Trave 8 Carl Hudoffsky, Marktstr. 44 D. Lerch, L. Lütjenb. 37. Ernst Lütj, Spillerr. 6 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a J. Semrau, Häustr. H. Lettow, Entin, Weidestr. 4 Louis Rathmann, Schwartzau J. U. Ruck, Travemünde.</p>	<p>Meiereien Meierei Rensfeld Inh. Paul Rickert, Vortheilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartzau Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144, Milch und Molkereiprodukte</p>
<p>Tapeten, Linoleum Carl Beulcke, Lübeck, Königsstr. Fritz Rehm, Beckerg. 20. Trikot-, Strumpfw. E. Eiert, Lübeck, Breitestr. 15. Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Häustr. 71 Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie. Uhren, Goldwaren August Büttner, Uhrmacher Häustr. 32 Wilh. Westphal, Holstenstr. 3. H. Nevermann, Schwartzau. Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Häustr. 8, T. 1035. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfiehl Prima Weine und Spirituosen.</p>	<p>Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elbwigstr. 1a Prima Fleisch und Wurstwaren Car Gipp, Moisling Allee 4 Gottlieb, Göttingb. Gerl Joost, Beckerg. 30 C. E. P. Pflaß, Pflaßstr. 14 W. Lemcke, An der Mauer 41a. F. Möckel, Kopierschneidestr. 68 Wilh. Pöten, Beckerg. 12, Wurst- u. Fleisch- u. Wurstw. J. Schöber, Gr. Burgstr. 53 Gust. Zach, Kottwitzstr. 12 L. Köhler, Oldestoe, Brunnenstr. 2 L. Köhler, Pa. Fleisch- u. Wurstw.</p>	<p>Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches-Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56. Photogr. Ateliers Lübeck. O. Goetze, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannsstr. 15, Breitestr. 39. Samson & Co., Fernspr. 1057.</p>

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!